

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538, Entgelt bezahlt

Herbst 2015  
Nr. 189, 44. Jahrgang  
Nürnberg  
3,- €

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**

## Griechenland vor einem neuen „Hilfspaket“ Um den Euro (und das Kapital) zu retten, wird die griechische Bevölkerung geopfert



Nach der großen Mehrheit für das „Nein“ beim Referendum am 4. Juli und der danach trotzdem erfolgten Kapitulation der griechischen Regierung wird jetzt ein neues „Hilfspaket“ geschürt, das es Griechenland ermöglichen soll seine Gläubiger weiterhin zu bedienen. Einher geht dieses Hilfspaket mit drastisch verschärften Sparauflagen (siehe den „Die Troika ist zurück in Athen – mit mehr Vollmachten als je zuvor“ *Arbeiterpolitik* Nr. 3/4, 25. August 2015, [www.arbeiterpolitik.de](http://www.arbeiterpolitik.de)). Kann damit das „Problem Griechenland“ gelöst werden?

Das zunächst ins Auge springende Problem sind die griechischen Staatsschulden. „Dass Griechenland seine Kredite nicht bedienen kann, war allen klar – außer natürlich den ‚Euro-Retttern‘, die aus politischen Gründen an dem Märchen festhalten, alles würde bezahlt.

*Dass das eine Illusion ist, stellte gerade der Internationale Währungsfonds fest.“ (H. Steltzner, FAZ, 7.7.2015) Aus diesem Grund bestand die griechische Regierung auf einem Schuldenschnitt als Vorbedingung für eine Vereinbarung mit den Gläubigern (Eurogruppe, EZB, IWF). Und genau diesen*

Schuldenschnitt wollten diese nicht akzeptieren. Warum stemmen sich alle Euroländer außer Griechenland so vehement gegen diesen anscheinend unvermeidbaren Schritt?

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

Griechenland vor einem neuen „Hilfspaket“	S. 1
70 Jahre atomare Bedrohung, Teil I	S. 6
Wie der Kommunismus nach China kam, Teil I	S. 17
Das Handelskapital der Hansestädte auf Raubzügen im Osten	S. 23
Parlamentswahlen in Dänemark	S. 29
...	
Rezensionen	S. 31

## In eigener Sache

In den Medien geht der Satz um: „Die Welt ist aus den Fugen geraten.“ Eigentlich müßte es heißen: „Die Welt ist noch mehr aus den Fugen geraten“, denn Kriege und Elend hat es doch in den letzten Jahrzehnten schon zur Genüge gegeben. In dem von der schwarz-rosa Koalition regierten „Merkel-Deutschland“ bleibt jedoch der Widerhall auf die Weltkrisen verhalten. Noch blüht in der BRD die exportgestützte Konjunktur, zum großen Teil allerdings auf Kosten anderer Völker und Staaten; auch ohne Rücksicht auf das ausgegliederte Fünftel der Menschen im eigenen Land. So können sich breite Massen weiterhin dem gewohnten Konsumismus hingeben, was bekanntlich – und sicher auch nicht ungewollt – politisch einschläfernd wirkt. Die zwei Billionen €uro Schulden der Öffentlichen Hand wird schon mal jemand bezahlen und vor künftigen Armutsrenten „behüt uns Gott!“

In Wirklichkeit ist die gegenwärtige Zeit politisch schicksalsschwanger wie selten in den vergangenen Jahrzehnten: Krisen zuhauf und in fast allen Weltgegenden! Wirkliche Lösungen sind nicht in Sicht, im Gegenteil. Die Folgen in Ausmaß und Schärfe sind, vor allem im Nahen Osten, nicht abzusehen.

Kriege und Bürgerkriege haben dort Zerstörung, Chaos und Gewalt kaum vorstellbaren Ausmaßes hervorgebracht, die die Flüchtlingsströme nochmals anschwellen ließen. Auch Deutschland ist nun stark betroffen. Hat die BRD im ersten Halbjahr über 400.000 Menschen aufgenommen, so wird bis zum Ende des Jahres mit bis zu einer Million gerechnet. Noch schlägt den Asylsuchenden – vorwiegend Syrer – eine ungeahnte Welle der Sympathie entgegen, begleitet von einer positiven Medienkampagne und dem Interesse der Unternehmer und des

Kapitals. Nach einer Umfrage sollen 38% der Bevölkerung diese Einwanderung jedoch ablehnen. Die Stunde der Wahrheit wird kommen, wenn die Situation sich zuspitzt, Opfer verlangt werden und die Flüchtlinge als Konkurrenten auftreten. Die innenpolitische Lage könnte sich dann entscheidend ändern. Darüber müssen wir diskutieren; so kurz vor Redaktionsschluß war das nicht mehr möglich.

Wenn Griechenland die Schlagzeilen beherrscht, so wird oft unterschlagen, dass wir auch dort erst am Beginn eines Dramas stehen, dessen Wirkungen auf die Europäische Union und die €uro-Gemeinschaft noch nicht abzusehen sind.

In Griechenland stehen nach der Niederlage der Tsipras-Regierung Neuwahlen an. Es sind einschneidende Änderungen zu erwarten. Zu den Entwicklungen, wie es dazu kam, drucken wir einen Artikel aus der *Arbeiterpolitik* vom 25.8.2015 ab.

Das kriegerische Gezerre um die strategischen Positionierungen der Großmächte USA/NATO und Rußland in der Ukraine kann nur in einem bitteren Unentschieden enden, das längst noch nicht in Sicht ist.

Um das Entstehen solcher Konflikte besser zu begreifen, ist es nützlich, die geschichtlichen Werdegänge eines Landes zu erforschen. Jörg Wollenberg stellt uns dazu einen entsprechenden Artikel über die Geschichte der Ukraine zur Verfügung.

Anlässlich des 70. Jahrestages des US-amerikanischen Atombombenangriffs auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki mit ihren verheerenden Folgen hat ein Bremer Genosse eine längere Betrachtung dazu verfaßt. Diese behandelt darüber hinaus die Bedeutung von Atomwaffen und Kernenergie allgemein im Kalten Krieg und danach für die Weltpolitik. Aufgrund des Umfangs des Themas wird der Artikel in drei Teilen erscheinen. Der erste Teil wird in dieser Nummer abgedruckt.

Die neueste japanische Aufrüstungspolitik – die im Widerspruch zur eigenen Verfassung steht – ist Bestandteil der Einkreisungspolitik Chinas durch die USA. Dabei geht es nicht nur um ein paar Inselstützpunkte. China selbst wird auch von vielen Linken immer noch verschieden eingeschätzt. Es ist alles andere als ein offenes Buch. Mit einem historischen Artikel über die „Volksrepublik“ wollen wir uns in die Debatte darüber einschalten. China kämpft z.Z. mit einem gewaltigen Börsencrash. 80 Millionen Anleger haben dort 300 Billionen Dollar verloren,

der Renminbi Yuan mußte abgewertet werden. Bankpleiten und eine Rezession konnten gerade noch abgewendet werden. Milliarden schwere Staatsinterventionen konnten den Crash nicht verhindern – die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems brechen halt doch immer wieder durch. Das gilt auch für China.

Unser britischer Genosse berichtet über die jüngsten Parlamentswahlen in Dänemark.

Zwei Rezensionen runden die Nummer ab. Sie befassen sich mit Gerhard Armanskis „Monsieur le Capital und Madame la Terre“, also Kapitalismus und Umwelt, sowie der Selbstbesprechung einer Autobiographie durch den Autor, unseren langjährigen Leser Rainer Thiel, „unausweichlich revolutionär“.

In der *Arbeiterpolitik* vom 25.8. ist eine lesenswerte längere Analyse des Poststreiks enthalten, die wir aus Platzgründen nicht abdrucken konnten.

Die Nummer kann angefordert werden unter der Adresse: GFSA, Postfach 106 426, 20043 Hamburg oder e-mail. arpo.berlin@gmx.de, bzw. www.arbeiterpolitik.de.

Wir beteiligen uns an der Linken Literaturmesse in Nürnberg am 31. Oktober und 1. November.

Unsere Jahreskonferenz in Nürnberg findet am 24. und 25. Oktober. Wir laden dazu ein. Anmeldung über unsere Postadresse oder e-mail. Als Themen sind vorgesehen: Griechenland, Industrie 4.0, Türkei, Labour-Party

### Berichtigung

Im letzten Heft (Nr. 188) sind uns zwei sinnentstellende Fehler unterlaufen: Im Kopf-Artikel über den G-7-Gipfel, auf Seite 8, wurde der Redner der Demonstranten, der ehemalige Ernährungsbeauftragte der UN, der Schweizer Jean Ziegler, der SVP zugeordnet, was natürlich völlig falsch ist. **Jean Ziegler war Nationalrat der SP, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Wir entschuldigen uns für dieses Mißgeschick.**

Im Rußland-Artikel auf Seite 13 bringen wir ein Zitat aus dem *Vorwärts*. Im letzten Satz heißt es: „... diese Situation ethisch zu erfassen.“ Es muß natürlich heißen: „... ethnisch zu erfassen.“

#### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg  
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

## Woher kommen die griechischen Staatsschulden?

Die gängige Aussage dazu formulierte z.B. Schäuble: „Das Problem ist, (...) dass Griechenland seit Langem über seine Verhältnisse gelebt hat (...)“ (Interview des *Deutschlandfunks* am 16.2.15). Damit will er wie viele andere auch ausdrücken, dass Griechenland vor 2008 Schulden gemacht habe, um Ausgaben zu finanzieren, die es sich eigentlich nicht leisten konnte. Häufig werden dabei aufgezählt: aufgeblähter öffentlicher Sektor, Lohnsteigerungen, großer Rüstungshaushalt usw. Dazu komme noch, dass die wohlhabenden Griechen keine Steuern bezahlten, es keine ordentliche Steuerverwaltung gebe etc. Das stimmt auch alles. Und trotzdem ist es bestenfalls nur die halbe Wahrheit. Denn die griechischen Ausgaben „über ihre Verhältnisse“ waren die Einnahmen der anderen. Das heißt vor allem: deutsche, französische und andere EU-Konzerne lieferten die Waren, die mit den Krediten bezahlt wurden. Ein bekanntes Beispiel sind die Rüstungsimpporte Griechenlands. „Deutschland liefert zirka 15 Prozent seiner Rüstungsexporte nach Griechenland, Frankreich rund zehn Prozent.“ (<http://www.heise.de/tp/artikel/45/45039/2.html>; entnommen 7.7.15) Anders gesagt: Der Exportüberschuss z.B. Deutschlands spiegelte sich im griechischen Importüberschuss. Dieser Importüberschuss musste natürlich finanziert werden, wobei vor allem französische und deutsche Banken als Kreditgeber auftraten.

Dieser „Defizitkreislauf“ (z.B. deutsche Unternehmen exportieren Waren, deren Kauf von deutschen Banken mit Krediten finanziert wird) war kennzeichnend nicht nur für Griechenland, sondern für ganz Südeuropa bis zum Ausbruch der Krise 2008. Griechenland ist nur das Land, das als erstes bei diesem Kreislauf bankrott ging.

Natürlich kann man sagen, „die Griechen“ bzw. die anderen Länder mit Importüberschüssen hätten sich

nicht verschulden müssen. Dann hätte es aber auch keine deutschen Exportüberschüsse und kein deutsches Wirtschaftswachstum gegeben.

Griechenland kann man in gewisser Hinsicht mit denjenigen US-amerikanischen Hauskäufern bis 2008 vergleichen, die eigentlich gar kein ausreichendes Einkommen hatten, von den Banken aber die Kredite förmlich nachgeworfen bekamen, damit sie sich doch ein Haus kauften. Als dieser „Defizitkreislauf“ zusammenbrach, weitete sich das zur sogenannten Weltfinanzkrise 2008/09 aus. Die hochverschuldeten Hausbesitzer konnten ihre Hypotheken nicht mehr



Verkaufsschilder vor dem Eigenheimen auf der Höhepunkt der Immobilienkrise

bedienen, und die Kreditgeber gingen reihenweise pleite bzw. mussten vom Staat gerettet werden.

Der tiefere Grund ist in beiden Fällen, dass es immer mehr Kapital in den Händen von Anlegern gibt, das sich nicht mehr in der sogenannten „Realwirtschaft“ (also der Industrie vor allem) gewinnbringend anlegen lässt. Deshalb suchte und sucht dieses Kapital verzweifelt Anlegemöglichkeiten und fand/findet sie in immer riskanteren Geschäften, seien es Hypotheken für arme Hauskäufer oder Kredite für Staaten mit eigentlich untragbaren Importüberschüssen.

Es handelt sich also um ein Systemproblem.

## Die griechische Krise ist die Fortsetzung der Weltfinanzkrise von 2008/09

Als im Gefolge der amerikanischen Immobilienkrise sich die Fi-

nanzkrise weltweit ausbreitete und viele Banken akut vom Zusammenbruch bedroht waren bzw. zusammenbrachen (am bekanntesten: Lehman Brothers), drohte diese Krise in eine allgemeine Weltwirtschaftskrise überzugehen, in der den Bankzusammenbrüchen die Zusammenbrüche von Industrie- und anderen Unternehmen folgen würden, mit Massenarbeitslosigkeit und Massenelend als Begleiterscheinungen wie in der Weltwirtschaftskrise nach 1929. Um diese allgemeine Systemkrise zu verhindern, traten die Zentralbanken und die Regierungen aller Industrieländer auf den Plan,

mit „Rettungspaketen“ und Konjunkturprogrammen in Billionenhöhe. Praktisch nahmen sie die privaten Schulden, die „faul“ geworden waren, in ihre eigenen – staatlichen – Bücher. Es ging darum, die für eine kapitalistische Krise typische massenhafte Vernichtung von Kapital (Abschreiben von Krediten, Kursabstürze, Unternehmensschließungen usw.) zu verhindern. Das gelang zwar, aber nur um den Preis einer nun gigantisch angewachsenen Staatsverschuldung.

Bei der ganzen „Rettungspolitik“ – sei es die Rettung von Banken, Industrieunternehmen oder Staaten – geht es im Kern darum, die anstehende massenhafte Kapitalvernichtung im jeweiligen eigenen Land zu verhindern bzw. dafür zu sorgen, dass sie anderswo passiert. Das ist der eigentliche Grund dafür, dass der nötige Schuldenschnitt für Griechenland verweigert wird, denn dann wären die Kredite – die ja Kapital darstellen, solange sie sich verzinsen – vernichtet.

Mit Griechenland geschah 2010 im Grunde genau dasselbe wie 2008 mit den Hausbesitzern in den USA. Es war zahlungsunfähig und konnte seine Schulden an die privaten Banken nicht mehr bedienen. Auch jetzt wurde alles getan, um eine Kapitalvernichtung zu verhindern, d.h. zu verhindern, dass vor allem französische und deutsche Banken ihre Milliardenkredite abschreiben mussten. Sie hätten dadurch Schwierigkeiten

bekommen, ihre Funktion für die kapitalistische Wirtschaft weiter auszuüben, nämlich Kredite zur Verfügung zu stellen. Also wurden die berühmten „Rettungspakete“ geschnürt, mit denen die Kredite der privaten Banken an Griechenland zurückgezahlt wurden.

Aber anders als den amerikanischen Hausbesitzern, denen man das Haus wegnahm und es zwangsversteigerte, konnte man Griechenland schlecht verpfänden oder es versteigern, wenn auch die *Bild* das direkt forderte: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleitegriechen!“ (27.10.2010).



Also wurden dem griechischen Staat die „Rettungspakete“ für die Banken in Rechnung gestellt, er wurde seine Schulden also nicht los, sondern hatte sie jetzt einfach nur woanders: bei der EZB, dem IWF, dem ESM. Und obwohl der Staat eigentlich bankrott war, wurde er gezwungen, diese Kredite weiter zu bedienen. Begleitend dazu gab es dann die Spardiktate, mit denen u.a. die Löhne gesenkt, das Gesundheitswesen ruiniert, die Renten gekürzt wurden. Dadurch sanken natürlich die eh schon zu niedrigen Steuereinnahmen, die Wirtschaftsleistung ging um 25 Prozent zurück, so dass nicht nur die Schulden nicht sanken, sondern immer weiter stiegen. So konnten auch die Altschulden kaum getilgt, sondern lediglich durch neue Schulden abgelöst werden (die sogenannten „Hilfsprogramme“). Natürlich wurden die Vermögenden nicht angefasst, sind diese doch in der Gedankenwelt der bürgerlichen Ökonomen die „Leistungsträger“, die den Wirtschaftsaufschwung bewerkstelligen sollen. Getroffen waren vor allem die Mittel- und Unterschichten. Die haben jetzt auch mit „Nein“ gestimmt.

### Der Euro wackelt

Die griechische Krise ist eine Krise des Euro und der EU. Beide zusam-

men sind ein Ausdruck der fortdauernden Wirtschaftskrise seit 2008. Diese wurde „überwunden“ durch die staatliche Übernahme der Bankschulden und die Politik der Zentralbanken in allen Industrieländern, die mit Aufkäufen von Staatsanleihen und mit Niedrigzinskrediten die Finanzmärkte mit Geld überschwemmten. Zum einen hat sich damit das Verschuldungsproblem nur auf die öffentlichen Haushalte verlagert, zum anderen führt die Geldschwemme der Zentralbanken kaum dazu, dass die Industrieunternehmen Kre-

dite aufnehmen um neue Investitionen zu tätigen, weil diese nicht profitabel sind. Beispielsweise liegen in der Region Europa/Nordafrika bei Großunternehmen 800 Milliarden Euro auf der hohen Kante. In den USA verfügt alleine Apple über Barreserven von 140 Milliarden Dollar. Darüber hinaus bilden sich Blasen an den Finanz- und Immobilienmärkten, weil das viele Geld ja irgendwo angelegt werden muss (Inflation der Sachwerte).

Die Reaktion auf die Staatsschuldenexplosion in der EU ist die sogenannte „Austeritätspolitik“, also der Versuch, durch Einsparungen diese Schuldenlast zu verringern. Die Reaktion auf die zu geringen Profitmöglichkeiten im Unternehmenssektor sind u.a. die Steuererleichterungen für die Unternehmen. So werden die öffentlichen Haushalte von der Einnahmen- wie Ausgabenseite unter Druck gesetzt, was sich im immer weiter gehenden Abbau der Sozialleistungen (von Land zu Land unterschiedlich heftig), in Privatisierungen öffentlichen Eigentums usw. niederschlägt. Andererseits nehmen die prekären und Niedriglohnjobs im Privatsektor immer mehr zu.

Sowohl die EU wie die Eurozone sind aber nicht krisenfest. Deren Existenzgrundlage ist die, dass im Gegenzug gegen die Aufgabe von Teilen der Souveränität und Selbstständigkeit der einzelnen Nationalstaaten es den Unternehmen und der Bevölkerung immer besser geht. Vor allem ist dies das Versprechen des deutschen Kapitals, dessen Existenzgrundlage der Binnenmarkt in der EU und die gemeinsame Währung des Euros ist.

Merkel hat dies begriffen und ausgesprochen: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“

Aber sowohl der Euro wie die EU sind rückholbar, da es sich nicht um einen Bundesstaat wie die USA handelt, sondern um ein Staatenbündnis von immer noch mehr oder weniger souveränen Nationalstaaten. Können die EU bzw. die Eurozone und kann insbesondere Deutschland nicht ein weiteres Wachstum und Wohlergehen der Mitgliedsländer sichern, fliegt als erstes die Eurozone auseinander. Und da die Wirtschaftskrise nicht überwunden ist und in absehbarer Zeit nicht überwunden werden kann, kann genau diese Perspektive von Euro und EU nicht mehr garantiert werden.

Das griechische „Nein“ am 5. Juli ist der erste deutliche Ausruf einer Bevölkerung, dass die Vertragsgrundlage für den Euro entfallen ist. Daran ändert auch die Kapitulation der griechischen Regierung nichts.

### Griechische Staatsschulden: Wiedervorlage in drei Jahren

Die jetzt gefundene „Lösung“, Griechenland weiter solvent zu halten, indem über 80 Milliarden Dollar über drei Jahre für die Bedienung der griechischen Schulden aufgebracht werden, ist nur der Versuch, Zeit zu gewinnen. Denn letztlich handelt es sich um nicht viel mehr als um einen Bilanztrick: Die EU-Institutionen stellen Euro zur Verfügung, damit die Schulden Griechenlands – die überwiegend von den EU-Institutionen gehalten werden – bezahlt werden können. In der Zwischenzeit wird Griechenland restlos zugrunde gespart und was an Staatsbetrieben einigermaßen profitabel ist, soll privatisiert werden. Wie der griechische Staat auf diese Weise die sogenannte „Schuldentragfähigkeit“ erreichen soll, weiß kein Mensch. Der einzige Effekt ist, dass die Schulden der EU-Institutionen jetzt noch nicht abgeschrieben, also noch nicht vernichtet sind.

Der Moment der Wahrheit kommt also spätestens in drei Jahren; vermutlich schon früher, denn dass die griechische Bevölkerung die Verelendungspolitik widerstandslos ertragen wird, ist nicht zu erwarten.

8. August 2015

## Ein Blick in die Geschichte: Warum gerade Griechenland?



Deutsche Soldaten auf der Akropolis, 1941,  
Deutsches Historisches Museum

Griechenland war seit der Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich 1830 immer abhängig. Genauer: Die herrschenden Klassen brauchten für ihre Herrschaft immer eine ausländische Schutzmacht. Ökonomisch war Griechenland immer schwach, erlebte nie eine durchgreifende Industrialisierung und entwickelte nie einen „modernen“ Staat mitteleuropäischer Prägung mit einer effizienten Verwaltung. Prägend blieb die ganze Zeit vor allem das Klientensystem, in dem der jeweils in ein Amt Gewählte als Dank für seine Wahl seine Schützlinge („Klientel“) mit Wohltaten versorgte, z.B. mit einem Arbeitsplatz in der Verwaltung. Nur einmal entstand so etwas wie ein moderner Staat: Als die Widerstandsbewegung im 2. Weltkrieg gegen die deutsche Besatzung klientelfreie Strukturen und eine moderne Verwaltung in den befreiten Gebieten einführt (vgl. dazu Heinz A. Richter in der FAZ vom 6.7.15). Dieser Ansatz eines modernen Staates wurde aber im Bürgerkrieg blutig niedergeschlagen, bezeichnenderweise unter Führung Großbritanniens und der USA. Wenn jetzt also immer wieder von Politikern verschiedenster Parteien auf das griechische Klientensystem verwiesen wird als Grund für die griechische „Reformunfähigkeit“, so ist dies reine Heuchelei angesichts der Massaker an der griechischen Widerstandsbewegung im Dienste des „freien Westens“.

Lange Zeit war Großbritannien die Schutzmacht für die Herrschenden Griechenlands, da Großbritannien an der Sicherung des Seewegs nach In-

dien durch das Mittelmeer und den Suezkanal gelegen war. Während des Bürgerkriegs zwischen der Widerstandsbewegung gegen die Nazibesatzung und den alten herrschenden Klassen nach dem 2. Weltkrieg konnte Großbritannien seine Weltmachtrolle finanziell nicht mehr durchhalten. So übernahmen 1948 die USA die Finanzierung der herrschenden Klassen und sorgten dafür, dass Griechenland 1952 in die NATO

aufgenommen wurde zur Sicherung der Südflanke gegen das sozialistische Lager. Als 1967 das Militär putschte, um die auf kommende politische Unruhe zu ersticken, wusste jeder, dass die USA dahinter steckten. Nach dem Ende der Militärdiktatur 1974 brauchte die herrschende Klasse eine neue Perspektive, die sie in der EU fand, d.h. bei Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. 1981 wurde Griechenland in die EU aufgenommen und kam damit in den Genuss umfangreicher EU-Förderungen (z. B. Strukturfonds), also von Geldern, mit denen die herrschende Klasse wunderbar „Politik“ machen konnte. Zwischen 1982 und 1988 betrugen beispielsweise die EU-Zuschüsse drei Prozent des Bruttonutzenprodukts! Im Windschatten dieser öffentlichen Gelder eroberten vor allem deutsche und französische Konzerne den griechischen Markt (Siemens, Carrefour z.B.).

Die seit der EU-Mitgliedschaft einsetzende Deindustrialisierung der ohnehin nicht besonders entwickelten griechischen Industrie konnte gewissermaßen durch die EU-Gelder kompensiert werden. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers verstärkte sich dieser Trend noch, denn auf einmal waren die Nachbarländer Bulgarien, Albanien, Rumänien für die griechischen Unternehmer wegen ihrer niedrigen Löhne attraktiver, so dass viele dorthin abwanderten.

Die herrschende Klasse brauchte nun eine neue Perspektive, wenn sie weiter herrschen wollte. Gern ergriff sie die Gelegenheit, aus geopolitischen Gründen in den Euro aufgenommen

zu werden. Der griechische Staat konnte sich nun mit zinsgünstigen Krediten in Euro verschulden und die Parteien konnten sich so die Gefolgschaft der Menschen erkaufen. Zinsgünstig waren die Kredite deshalb, weil nun die Banken glaubten, die ganze Eurozone bürge für die Kredite und nicht nur der schwache griechische Staat. Der griechischen Industrie gab der Beitritt zur Eurozone aber den Rest, da sie jetzt nicht mehr konkurrenzfähig war, weil sie den Vorteil der billigen Drachme verloren hatte.

Der griechische Staat und die griechische Wirtschaft hängen also seit 1981 völlig am Tropf der EU bzw. der Eurozone: einmal durch die Zuschüsse, zum anderen wegen der niedrigen Zinsen. Das hat sich mit der Krise 2008/09 und dem faktischen Bankrott 2010 nicht geändert; geändert hat sich nur, dass jetzt die Gläubiger (also der IWF und die EU-Institutionen) den griechischen Staat unter ihre direkte Verwaltung gestellt haben.

Allein schon aus diesem Grund ist es illusionär, dass griechische Unternehmen mit der Absenkung der Löhne und der Zerschlagung des Sozialstaats wieder konkurrenzfähig werden könnten. Das ist ja die zynische Logik, die hinter den Spardiktaten steckt: Kosten senken, damit man wieder auf dem Weltmarkt was verkaufen kann. Es gibt aber so gut wie keine griechischen Unternehmen mehr, die überhaupt in nennenswertem Umfang exportieren könnten! Deshalb läuft die Sparpolitik in Griechenland allein auf eine reine, perspektivlose Verelendungspolitik hinaus.

8. August 2015



Aus: Arbeiterpolitik 3+4/2015  
Kontakt: GFSA e.V.,  
Postfach 106426,  
D-20043 Hamburg  
arpo.berlin@gmx.de,  
www.arbeiterpolitik.de

# 70 Jahre atomare Bedrohung

## Atomrüstung, Politik mit Atomwaffen, Kalter Krieg, Teil I



*Es gibt Risiken, die man nie eingehen darf: Der Untergang der Menschheit ist ein solches.*

*Friedrich Dürrenmatt*

*Die aufsteigende Wolke kurz nach der Explosion, fotografiert von Madsuda Hiromichi in einem Außenbezirk der Stadt Nagasaki;*

*Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Atombombenabwürfe\\_auf\\_Hiroshima\\_und\\_Nagasaki](https://de.wikipedia.org/wiki/Atombombenabwürfe_auf_Hiroshima_und_Nagasaki)*

### Prolog

In diesem Sommer jähren sich im August zum 70. mal die beiden bisher einzigen Atombomben-Einsätze gegen die japanischen Küstenstädte Hiroshima und Nagasaki durch die USA, die das Ende des Zweiten Weltkriegs auch im Pazifik markierten und über Jahrzehnte bis heute eine neue atomar beherrschte Ära einläuteten. Vergleichbare städtische Verwüstungen, Naturzerstörungen und Opfer richteten nur die konventionellen Luftangriffe der Alliierten auf Städte wie Hamburg (1943), Dresden (1945) oder Tokio (1945) an mit jeweils Zehntausenden bis über hunderttausend Toten und Schwerverletzten. Bereits in der *Arbeiterstimme* Nr. 187 (Frühjahr 2015) wurde gesondert der im Zweiten Weltkrieg begonnene Bau der Atombombe vom Ver-

fasser kritisch nachgezeichnet und die atomare Entwicklung bis zum Jahr 1949 beschrieben, als auch die UdSSR als erstes sozialistisches Land die Atombombe zündete und mit den USA gleichzog. Dieser historische Vorgang begründete den Beginn eines weltweiten nuklearen Regimes mit anhaltender Wirkung eines multilateralen Wettrüstens Atomwaffen besitzender Mächte und Länder bis in unsere Tage. Man könnte auch gut titeln: Menschheit auf dem atomaren Pulverfass.

Welches Fazit lässt sich aus den bekannten historischen Fakten und Zusammenhängen bereits vorab ziehen? Atom- und danach die bisher nicht zu einem Kriegseinsatz gebrachte noch stärkere Wasserstoffbombe sind die bisher schlimmsten von Menschen jemals erfundenen und als Massenvernichtungsmittel

gegen Menschen eingesetzten Waffen. Nichts konnte und durfte das Überschreiten der Schwelle rechtfertigen. Die klügsten wissenschaftlichen Forschergeister, schlauesten technischen Konstrukteure und genialsten strategischen „Thinktanker“ waren in Kombination mit z.T. rücksichtslosen Militärs, faschistischen Diktatoren und politischen Führern diesseits und jenseits des Atlantiks daran beteiligt und darin verwickelt. Einige meinten, das geheime Wissen um die Bombe in so verstandener ethischer Verantwortung „weiterverbreiten“, an die Gegenseite „verraten“ zu müssen und zahlten vereinzelt selbst mit langjährigem Gefängnis und sogar dem Tod durch Hinrichtung einen hohen eigenen Preis dafür. Es bleibt auch zumindest fraglich, ob ihr Handeln, das auf ein „Patt“ Atomwaffen besitzender Mächte zielte, seinen Kriegs-

verhindernden Zweck wirklich erfüllt hat. Wenige andere wiederum scherten aus dem Wahnsinn der Beteiligung aus und wurden von erst Befürwortern zu Gegnern und Warnern vor den schrecklichen Wirkungen der Bombe. Mit all seiner Genialität, Wissenskraft aber auch kalt berechnenden Skrupellosigkeit wurde der Mensch zum Geburtshelfer, Entwickler, Förderer, ja sogar Fürsprecher dieser Waffe. Zum ahnungsvollen Befreier des verhängnisvollen Geistes aus der Flasche. Alle emotionale Intelligenz und Empathie konnten ihn dabei nicht aufhalten und haben den Einsatz nicht verhindert. Dieser steht vor der Geschichte als unauslöschliches menschliches Schuldmenetekel da. So wie es nach Auschwitz und dem nationalsozialistischen Massenmord am jüdischen Volk kein Weiter so geben konnte, hätte es auch nach dem doppelten Bombenfall kein Weiter so geben dürfen. Selbst Israel, Fluchtort und Schutzhort der Überlebenden, erweist sich heute als eine der kompromisslosesten Atomwaffenmächte, leugnet vor der Welt sogar, eine zu sein, und außer in Frankreich gibt es nirgendwo auf der Welt auf begrenztem Raum eine höhere Atomkraftwerke-Dichte als in Japan.

### Atomrüstung und Krieg

Und noch ein Weiteres: 70 Jahre atomare Bedrohung haben zwar den nochmaligen Einsatz der Bombe verhindert, aber die Welt darum keinen Deut kriegssicherer oder friedlicher gemacht. Das vermeintliche Ende des sog. Kalten Krieges an der Epochenwende 1989/90 brachte nur anscheinend ein Ende der Bedeutung und zeitweisen Abbau teils veralteter atomarer Bewaffnungen, die heute in kleinerer Dimension (nuclear power light) wieder „modernisiert“, d. h. in Technik und modifizierter Präzision den kriegerischen Erfordernissen der Gegenwart angepasst werden. Über Atomwaffen und Atomrüstung lässt sich nicht schreiben ohne auf herausragende Momente des „Kalten Kriegs“ im Ost-West-Konflikt zu sprechen zu kommen. Atomwaffen und Blockkonfrontation waren indirekt qua ihrer bloßen Existenz sowohl Ergebnis wie auch wesentlicher Treibsatz des Kalten Kriegs, nicht

dessen Verhinderung! Weil bei Strafe des Weltuntergangs aller gewollt kein dritter Welt-Atomkrieg geführt werden konnte, wurde er vor dem Kräftepatt einer Atomdrohkulisse als Kalter Krieg geführt, der als latenter permanenter Krieg an verschiedenen kontinentalen Brennpunkten phasenweise nicht minder heiß war und tobte. Die Kunde vom Weltfrieden nach 1945, der gehalten habe, ist eine völlig einseitig betrachtende Propaganda-Mär, die die furchtbaren menschlichen Opfer und materiellen Zerstörungen verschleiern helfen und die Verantwortlichen des Dilemmas ungenannt und unbehelligt lassen soll. Sie wird noch immer naiv oder gezielt verbreitet von Medienkommentatoren und prominenten TV-Historikern wie etwa Guido Knopp (ZDF, Phoenix Ereigniskanal), die es eigentlich besser wissen. So gesehen und verstanden hat ein „3. Weltkrieg“ in Raten (Phasen) stattgefunden und findet heute unter veränderten Konditionen fortgesetzt statt. Nur die Tatsache seither ungeheurer entwickelter Produktiv- und Reproduktivkräfte unter kapitalistischen aber auch staatssozialistischen Lebensbedingungen mit allen ihren fatalen negativen Seiten und fragwürdigen Wirkungen, gaukelte vor, im Schatten waffenstarrer Blöcke „im Frieden“ und „Wohlstand“ zu leben. Denn vorrangig waren (sind) die ärmeren und ärmsten Länder des Südens und der sog. 3. Welt stellvertretender Austragung- und Leidenort eines 3. Weltkriegs. Es sind die heutigen Flüchtlingsströme aus den Weltkrisenherden, die uns eines Besseren belehren.

Die Ära des Nachkriegs nach 1945 bis 1989/90 ist nicht nur fortgesetzter Teil eines „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm), sondern auch eine höchst unsichere, gefährdete Zeit der sich ständig am atomaren Abgrund lang bewegenden Menschheit. Im „Schatten der Atombombe“ (George F. Kennan) wurden seither an die 360 bekannte konventionelle Kriege kleineren wie größeren Ausmaßes weltweit geführt mit etwa zur Hälfte an beide Weltkriegsergebnisse zusammen genommen heranreichenden zig Millionen von militärischen wie zivilen Toten und ebenso hohen Zahlen von Flüchtlingen sowie unüberschaubarer Verwüstung an Kulturgut und Vernutzung wertvoller

Ressourcen. Von der Mitte der 1940er bis 1980er Jahre kam es zeitweise zu schlimmsten Exzessen und Auswüchsen der Atomrüstung, die den Globus wiederholt einem selbstmordartigen nuklearen Kriegs- und Katastrophenzwang zutrieben und eine wahre Hysterie an imaginierten Angst schürten wie auch begründete reale Furcht verbreiteten. Man simulierte geradezu auf groteske Weise in Manövern und strategischen Szenarien („War Games“) den Weltuntergang, ging dabei bis an die Schmerzgrenze und gelegentlich sogar darüber hinaus. Es war eher Zufall und Glück als die Folge von Einsicht und Vernunft, dass es dazu nicht kam. Gleichwohl gab es auch Nationen übergreifende Bemühungen und Versuche, die atomare Bedrohung der Weltlage durch verschiedene Vertragswerke einzudämmen und Weiterverbreitungen von Atomwaffen verbindlich zu begrenzen und stoppen. Aber wenn sich die daran beteiligten Nationen nicht einmal selber an ihre eigenen unterzeichneten Selbstverpflichtungen halten und mit dem Verweis auf realpolitische Entwicklungen und „Zwänge“ abgeschlossene Verträge brechen oder ignorieren, ist auch das Teil eines außer Kontrolle geratenen weltweiten „Nuklearregimes“.

Von all dem und noch anderem wird in dieser Artikelfolge chronologisch-inhaltlich die Rede sein müssen, die an den ersten eigenständigen Beitrag über den Bau der Atombomben im Weltkrieg anknüpft. Dies soll auch ein Beitrag sein zum mahnenden Gedenken an Hiroshima und Nagasaki und jene Hunderttausende, die in Ost und West in Uranminen, Atomlabors und -fabriken und der Nähe zu radioaktiven Niederschlagszonen der Atomtestareale Opfer tödlicher nuklearer Verstrahlung wurden. Eine schleichende Gefahr und unberechenbarer Tod. Es verbindet die Menschheit mit den Opfern von Hiroshima und Nagasaki. Ob der umfassenden Dimension der Thematik kann nur ein ausgewählter Abriss wichtiger Ereignisse, Begebenheiten und Zusammenhänge geboten werden, wobei der Schwerpunkt auf der deutschen Situation liegt. Gewiss kann und muss noch eine ganz andere detail- und faktenreiche Geschichte der Atomrüstung erzählt werden, wie die reichhaltige,

kaum mehr überschaubare Literatur zum Thema beweist. Diese macht es allerdings erforderlich, in der gebotenen Kürze eines Artikels einen solchen komprimierten Versuch der kritischen Gesamtschau darauf zu unternehmen, der nicht ohne Auslassungen und gewisse Glättungen auskommt. Das Thema ist vielleicht das spannendste politische des 20. Jahrhunderts überhaupt. Es hat über Wochen (m. Unterbrechungen) der Beschäftigung damit den Verfasser selbst nicht losgelassen. Eine ausgewählte, knapp kommentierte Literatur- u. Quellenliste am Ende des dritten Teils nennt eine Reihe wichtiger Grundlagenwerke und Quellen, aus denen sich auch der Verfasser u.a. informiert hat.

### Großmachtstreben Japans und die „Quittung“

Das japanische Volk war aber nicht nur Opfer. Es entrichtete für das mit getragene Weltmachtstreben seiner Herrschaftselite im ostasiatisch-pazifischen Raum am Ende einen hohen Tribut. 1931 hatte Japan die Mandschurei besetzt. Seit 1937 befand es sich im Krieg mit China (II. japanisch-chinesischer Krieg). Japans aggressives Vordringen war von Massakern und Massenvergewaltigungen begleitet, das sich unter dem Banner der aufgehenden roten Sonne für auserwählt haltende Kaiserreich von Götter Gnaden hatte ab 1939 bis 1942 bei Eroberungsfeldzügen in deutscher Blitzkriegsmanier ein riesiges Festland- und Inselgebiet unterworfen. Es reichte von der Mandschurei, Nordchina bis Korea, Indochina und Burma (heute Myanmar), von den Philippinen bis Indonesien, Malaysia und zentral- und westpazifischen Inselketten. Diesen folgte oft ein Besatzungs- und Ausbeutungsregime wie etwa in der Mandschurei und Korea. Hunderttausende Frauen wurden dort zur Prostitution gezwungen. Ab 1938 war das proklamierte Expansionsziel die „Neue Ordnung Ostasiens“ (auch „Großostasiatische Wohlstandssphäre“) mit einem autarken Wirtschaftsraum in Asien unter der Vorherrschaft des stark Rohstoff abhängigen Tennoreichs. Das verstieß gegen die Vereinbarung der „Politik der Offenen Tür“ (Konferenz von Wa-

shington 1922) unter den Großmächten im fernen Osten, das allen Ländern den gleichberechtigten Zugang zum chinesischen Markt zusichern sollte einschließlich der Garantie der territorialen Souveränität Chinas. Alliierte Gegner waren vor allem die USA, Großbritannien, Australien und Neuseeland. Die USA vergalteten jetzt ihrerseits den japanischen Luftangriff Ende 1941 auf ihren Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii. Ohne jede Vorwarnung oder Kriegserklärung waren dabei über 2.400 Mann US-Schiffsbesatzungen und Marinesoldaten umgekommen. Die veraltete US-Schlachtflotte war empfindlich getroffen und teils ausgeschaltet worden. Japan hatte damit im südostasiatischen Raum zunächst freie Hand und brachte der ihm dort entgegen tretenden britischen Armee und Flotte schwere Niederlagen bei. Der seit zwei Jahren tobende europäische eskalierte damit zum Weltkrieg. Erst allmählich gewannen die USA und ihre Verbündeten in aufreibenden Seeschlachten, verlustreichen Landungsoperationen und massierten Luftbombardements die Kriegsoffensive zurück. Es ist kaum vorstellbar, mit welcher gigantischer Rüstungs-Anstrengung der Land-, Luft- und Seemacht mit gleichzeitiger militärisch-wirtschaftlicher Unterstützung (Pacht-Leih-Gesetz) für England, die Sowjetunion (Nordatlantik- und Nordmeerkonvois) und andere Verbündete, die USA nach und nach an allen Weltkriegsschauplätzen überlegen auftraten, obsiegten und gleichzeitig von jeglicher Zerstörung im eigenen Land verschont blieben. Man versteht nur so den sich darauf nach 1945 aufbauenden Allmachtswahn der USA in Gestalt von imperialer Arroganz und Unangreifbar- wie Unbesiegbareitsnimbus. Das änderte sich erst nach und nach wieder und begann sich zunehmend anders darzustellen durch Ereignisse wie Korea (1950-53), Vietnam (1962-75), Watergate (1972), die islamisch-iranische Revolution (1979), die Revolution der „3. Welt“ (Lateinamerika) und die terroristischen „Luftangriffe“ auf die Welthandelsmetropole New York (2001-9-11). Die USA sind heute ein durch empfindliche Nadelstiche vieler Davids angezählter und angeschlagener Goliath, was diesen vor allem mit seinem gewaltigen

atomaren Potenzial (allein elf auf allen Weltmeeren permanent präsente atomare Trägerflotten) nicht minder weiter brandgefährlich sein lässt. Es scheint sogar eine atomare Konfrontation mit der im Pazifikraum neu sich formierenden, aufstrebenden Supermacht China früher oder später unausweichlich. Und auf Barack Obama wird vermutlich ein nächster republikanischer US-Präsident folgen.

### Politische Demonstration und Experiment

Japan, dessen Streitkräfte zwar meisterlich die Strategie der Eroberung, nicht aber der Verteidigung der eigenen Inseln beherrschte, war so gut wie militärisch besiegt und lag wirtschaftlich ausgeblutet am Boden. Die Kapitulation war nach Russlands Kriegseintritt am 8. August (Besetzung der Mandschurei) mit einem Millionenheer und tausenden Panzern nur noch eine Frage von wenigen Tagen. Was war also der Grund für gleich zwei Atombomben, die eine auf Uran-, die andere auf Plutoniumbasis? Da war natürlich zum einen die allgemeine Machtdemonstration vor der Welt und gegenüber der UdSSR. US-Militärs wie der Oberbefehlshaber im Pazifik, General McArthur, rechneten den Politikern mehrere Hunderttausend bis zu 1 Mio. eigene Gefallene bei der Eroberung Japans durch Bodentruppen vor. Eine um Wirkung zu erzielen sicher viel zu hoch gegriffene Phantasiezahl. Mindestens ebenso, wenn nicht sogar schwerer, wog wohl der endlich zu vollziehende Test unter Realbedingungen zweier unterschiedlicher Bombentypen. Die Hiroshima- und Nagasaki-Bombe waren auch ein groß angelegtes Kriegsexperiment sozusagen am „lebenden Objekt“. Man wollte sehen, was man geleistet hatte. Wie es Truman in seiner Ultimatus-Rede unmittelbar nach dem Hiroshima-Abwurf sagte, man hätte die Bombe und setze sie auch weiter ein, es läge in Japans Hand und Verantwortung! Dass es die etwas kleinere Stadt Nagasaki trotz der höheren Sprengkraft der 2. Bombe nicht „ganz so hart“ traf, lag am Irrtum des Bombenschützen, der bei schlechten Witterungs- und Sichtverhältnissen und in der Hektik zerrinnender



Zeit den Zielpunkt der Mitsubishi-Rüstungswerften am Hafen um einige km verfehlte und ein Seitental traf. Bis Ende 1945 zählte man in den beiden zu über 70% atomar zerstörten japanischen Städten zusammen mindestens 220.000 Tote (140.000/80.000), viele davon sofort. Die, die sich nahe am Nullpunkt der Detonation über ihnen befanden, verdampften in der über 4.000°-Gluthitze „heller als tausend Sonnen“ (Robert Jungk) förmlich auf der Stelle und hinterließen dort, wo sie gerade auf Plätzen, Brücken oder vor Mauern standen oder gingen nur noch Schattenumrisse (Günther Anders: Der Mann auf der Brücke). Das langsame Leiden und elende Sterben der „Hibakusha“ (Explosionsopfer), der zunächst verletzt und verstrahlt Überlebenden, setzte sich in den Jahren und Jahrzehnten danach noch bis weit in die Zehntausende fort.

### Atomarer Holocaust

Das US-Militär wollte die Abwürfe um jeden Preis auf zivile Ziele in dicht bewohntem Stadtgebiet zu betriebssamer Tageszeit. Die Militärleitung des US-Atomprojekts unter General Groves unterdrückte Anfang 1945, als die deutsche Niederlage ohnehin absehbar war, sogar skrupellos die Weiterleitung einer warnenden Petition von 70 US-Atomwissenschaftlern aus dem Manhattan-Projekt noch an Roosevelt, vom Einsatz abzusehen, die diesen nie erreichte. Vom Krieg bis dahin noch ausgespart gebliebene Städte waren das ausgesuchte „ideale“ Testareal. Beinahe hätte die Wahl die alte Kultur- und religiöse Traditionsstadt Kyoto getroffen, wenn sich Kriegsminister Stimson, der die Stadt von Besuchen kannte, nicht dagegen ausgesprochen hätte. Wichtiger als humanitäre und medizinische Hilfe für die betroffene Bevölkerung war



Atombombe „Little-Boy“; Quelle: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Atombombe\\_Little\\_Boy\\_2.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Atombombe_Little_Boy_2.jpg)

den US-Verantwortlichen in den Tagen und Wochen unmittelbar danach offenbar die detaillierte fotografische und wissenschaftliche Erfassung, Untersuchung und Dokumentation der Wirkungen von Blitz, Druckwelle und Strahlung auf die Opfer und Schäden an der Infrastruktur. Gleichzeitig wurde von zuständiger Seite versucht, unabhängige Reportagen und Berichte zu behindern und unterdrücken. Den eigenen Nachforschungen des Kriegsreporters John Hersey, der im Mai 1946 nach Hiroshima kam, um für das Magazin *The New Yorker* authentisch zu berichten, wurde von Seiten der US-Besatzungsbehörde erheblicher Widerstand entgegen gesetzt. Sein nüchtern ergreifender Tatsachenbericht „Hiroshima. 6. August 1945. 8 Uhr 15“ erschien dennoch im selben Jahr im *New Yorker* und gilt als erschütterndes Zeugnis, das die Aufmerksamkeit der Welt erregte. Von mehreren Kamerateams der US-Army gedrehte Filme im zentralen Abwurfgebiet und in umliegenden Krankenhäusern waren noch nach über 35 Jahren unter Top Secret-Verschluss. Oftmals unter schwerem Schock stehende Verletzte wurden mit ihren offenen Fleisch- und Brandwunden sowie meist tödlich

endenden Strahlenverletzungen vor Experten in entwürdigender Weise nackt regelrecht vorgeführt, statt alles zu tun ihre akute Not zu lindern. Viele zunächst Überlebende tranken in den schier unerträglichen Hitzewinden der Brände den von radioaktivem Fallout getränkten „schwarzen Regen“, der vom Himmel fiel und vergifteten sich tödlich. Überlebende Kinder, die ihre Eltern im Atomblitz verloren hatten, suchten den Freitod. Als noch weit schlimmer erwiesen sich die bald einsetzenden Folgen der noch unbekanntem Strahlenkrankheit mit auftretendem Nasenbluten, innerem Organ-Versagen, Bluterbrechen, Zittern am ganzen Leib, Agonie und schließlich Tod. Man übte sich auf

US-Seite entgegen dem Völker- und Kriegsrecht weitgehend in unterlassener Hilfeleistung gegenüber der Zivilbevölkerung und überließ das Problem in der Regel den hilf- und ratlosen japanischen Ärzten und Behörden. Bald inszenierte man in den USA makabre Unterhaltungsshows wie die Wahl zur „Miss Atombombe“ oder die groteske symbolische Versöhnung zwischen einem Hiroshima-Opfer und einem Mitglied der Atombombercrews per Händedruck vor laufenden Kameras.

Die Rede vom gnadenlosen „atomaren Holocaust“ ist also vollauf berechtigt. Dies hat sich in das Gedächtnis der Menschheit unauslöschlich tief eingebrannt und wurde bis heute weder als Kriegsverbrechen festgestellt noch geahndet, noch gesühnt. So brauchte der US-Bomberpilot Colonel Paul Tibbets, der die B-29 Superfestung namens „Enola Gay“ befehligte, die die erste A-Bombe Little Boy (kleiner Junge) über einer wehrlosen Stadt abwarf, zeitlebens seine Tat nicht bereuen und durfte sich seines mit höchsten militärischen Orden ausgezeichneten Handelns sogar stolz erweisen. Schließlich hatte er mit geholfen, den Krieg zu beenden.

Der Exekutor des atomaren Holocaust hat – wie Adolf Eichmann auch – nach eigenem Bekennen nur seine von ihm erwartete Pflicht zuverlässig erfüllt. Reue kam ihm bis zu seinem Tod 2007 im Alter von 92 Jahren so abgesichert freilich nicht in den Sinn.

### Historischer Exkurs

Eigentlich wäre es weit zutreffender, vom beginnenden 20. Jahrhundert an vom Uran- oder Plutonium- statt Atomzeitalter zu sprechen. Denn unsere Welt besteht zwar aus Atomen, was weiter nichts Ungewöhnliches ist und mit ihrer Atomlehre schon die antiken Philosophen Leukipp und Demokrit ahnten (griech. atomos = unteilbar). Aber nur das schwere Element Uran weist als Metall (Actinid) in seiner äußerst gering vorkommenden Isotopenform U-235 jene sagenhaften Eigenschaften vor, die ihm zu seiner einmaligen Sonderstellung als magischem Explosionsstoff verhelfen. Nur so kam es letzten Endes zur Hahn-/Straßmann-/Meitnerschen Entdeckung der Uran-Kernspaltung durch Neutronenbeschuss. Und dann gab es da noch die beiden Genies Einstein und Leo Szilard (1898-1964), ohne die zuvor der Schlüssel dazu nicht gefunden worden wäre. Einstein gab 1905 den speziell relativitäts-theoretischen Anstoß mit seiner berühmten Weltkurzformel  $E = mc^2$ . Sie besagt nicht nur, dass man Energie und Masse in Äquivalenz gegeneinander tauschen kann, sie lediglich zwei Erscheinungsformen desselben sind, sondern auch mit einer geringen Masse eine ungeheure Menge an Energie freisetzen könnte. Szilard gehörte zu jener jungen, untereinander von Jugendjahren an bekannten, ungarisch-jüdischen Wissenschaftlerelite neben dem späteren Konstrukteur der H-Bombe Edward Teller, dem Computerpionier und überzeugten Antikommunisten John von Neumann und Kernphysiker Eugene Wigner. Man nannte das Viergespann wegen seiner ungewöhnlichen, unkonventionell-innovativen und schnellen Denkqualitäten, die nicht von dieser Welt zu sein schienen, auch „The Martians“ (die Marsianer). Sie arbeiteten später nach ihrer Emigration alle vier maßgeblich am US-Atombombenunternehmen Manhattan-Projekt mit. Und noch

ein weiterer ist im Bunde, kein Wissenschaftler, sondern ein englischer Schriftsteller und Verfasser der bisher hellstichtigsten literarischen Zukunftsvisionen, Herbert G. Wells (1866-1946). Sein 1914 verfasstes, heute nahezu vergessenes Werk „The World Set Free“ (dt. Befreite Welt, 1985), in dem bereits Atombombe und Atomkrieg beschrieben wurden, wurde von Szilard im Jahr 1933 gelesen und wohl nur er (und wenige andere) konnte sich daraus alsbald seinen Reim basteln. Er rechnete, zählte die exponentielle Wirkung  $1+2+4+8+16$  usw. zusammen und kam mit seiner Theorie der Kettenreaktion erstmals zu dem Schluss, dass eine solche Bombe in den Händen der gerade in Deutschland an die Macht gekommenen Nazis mit ihren bekannten Eroberungs- und Weltherrschaftsgelüsten zu einer fürchterlichen Bedrohung für den Weltfrieden werden könnte. Diese setzten sich ab 1938 mit dem Anschluss von Teilen Böhmens an das Dritte Reich in den Besitz der einzigen europäischen Uranvorkommen in den Minen von Joachimsthal (nach 1945 von den Sowjets zunächst als Häftlings-Gulag betrieben). In zweifacher Hinsicht wurde der weitsichtige Szilard zum frühen Warner: als er mangels eigener Bekanntheit im Sommer 1939 Einstein anstachelte zu dessen Unterschrift unter eine von ihm und Teller vorverfasste dringende Brief-Note an Roosevelt, Vorkehrungen gegen eine Atombombe in den Händen der Nazis zu ergreifen; als dann gegen Ende 1944 absehbar war, dass es dazu nicht mehr kommen und sie nicht mehr gebraucht würde, von ihrem Einsatz abriet gegen jenes andere Land in Asien, mit dem sich die USA noch im Krieg befanden: Japan. Szilard war neben Joseph Rotblath, dem Begründer der Pugawsh-Friedensbewegung, der erste Antiatombomben-Aktivist aus Gewissensgründen und wandte sich nach 1945 bis zu seinem frühen Krebstod nur noch der Molekularbiologie, Schriftstellerei und gepflegtem Gourmetessen zu.

### Bedeutung von Atomwaffen und Abschreckungsdoktrin

Wäre die Atomfrage nur eine von Waffen und Technik, wäre die damit verbundene Problematik vielleicht

noch beherrschbar durch vereinbarte gegenseitige Produktions- und Absatzkontrolle oder Vernichtung des technischen Know-hows. Aber sie ist längst zum umfassenden Politikum geworden und hat eine sie wie eine Nabelschnur nährenden Verbindung zur zivilen Nutzung von Atomenergie, ohne die es sie nicht gäbe. Selbst kleinere Länder wie Israel, offiziell leugnende Atommacht, Pakistan oder Nordkorea leisten es sich mit ihrem vorhandenen Atomprogramm und darauf gründenden Atomwaffen-Potenzial in politischen Konflikten zu drohen und sich Kontrahenten wie die USA, arabischen Staaten oder Indien, selbst Atommacht, in gewisser Weise abschreckend auf Distanz zu halten. Man kann Atomkraftwerke sowie feste oder mobile Atomwaffenstellungen nicht durch noch so zielgenaue „chirurgische Schläge“ außer Gefecht setzen und zerstören, ohne dadurch global gesehen nicht ihre verheerende Wirkung dennoch zu entfesseln. So wurde der irakische Atomreaktor OSIRAK 1981 von den Israelis bombardiert und zerstört, bevor er in kritischem Produktivzustand ans Stromnetz gehen konnte. Durch mobile strategische Trägersysteme unter Wasser und in der Luft sind Atomwaffen nicht genau lokalisierbar und können ständig ihre Standorte verändern. Die Thematik wechselseitiger atomarer Bedrohung von massiver bis abgestufter Vergeltung (flexible Response) gipfelt in der absurd-paradoxen Feststellung, wer zuerst atomar schießt, geht als Zweiter mit unter. Das berüchtigte sog. Gleichgewicht des Schreckens und der Erhalt der sog. Zweitschlagsfähigkeit. Nur die VR China ließ sich bisher von Erwägungen, wie zu Zeiten des Koreakriegs (1950-53), in einem Atomkrieg mit den USA zu überleben, davon mit Blick auf ein fast 1-Mrd.-Volk nicht „abschrecken“. Was wären da schon, so das offensichtliche Kalkül Mao Tse-tungs, „ein paar Millionen“ an Bevölkerungsverlusten.

Hinzu gekommen ist die Doktrin des Präventivschlags, derer sich z. B. Israel nach Belieben gegenüber seinen erklärten Hauptfeinden Irak und Iran bedient, wovon noch genauer die Rede sein wird. Heute existieren mit den USA, Russland, VR China und Frankreich nur vier

Nationen, die noch eine umfangreiche kombinierte Atombewaffnung zu Land, Luft und Wasser unterhalten. Großbritannien hat sich als seit dem Zweiten Weltkrieg von den USA abgelöste Weltmacht durch Abschaffung seiner nuklearstrategischen Luftflotte aus diesem „Club“ mittlerweile verabschiedet und betreibt „nur noch“ eine kleine Flotte von vier mit US-Interkontinentalraketen bestückten Atom-U-Booten als Vergeltungspotenzial im Falle eines atomaren Angriffs. Atomwaffen wurden in dem Maße wieder zu Mitteln, mit denen nicht nur Politik zu machen war, indem ihre Weiterentwicklung von der rein strategischen auf taktische Qualitäten begrenzter Einsatzfähigkeit umschlug. Nicht dass man ihre radioaktiven Verseuchungs- und noch immer gewaltigen Zerstörungsfähigkeiten dadurch weniger fürchten würde. Aber die atomare Gefechtsfeldwaffe begrenzter Reichweite ist heute wieder mehr denn je als probates Einsatz- und nicht nur Abschreckungsmittel in der strategischen Erwägung. Selbstverständlich halten dabei die großen Atommächte ihr global einsetzbares Atomwaffenarsenal auf etwas reduzierterer Basis weiterhin aufrecht. Die kleineren der neun aktuell registrierten Atom-mächte haben da mit Ausnahme von Israel wie noch zu belegen sein wird ohnehin nicht so die abgestufte Wahl. Sie müssen auf das grobe Arsenal setzen. Nicht nur kosten Atomwaffen in Herstellung und Begleitausstattung mit aufwendigen Trägersystemen horrend viel – man wird inzwischen von einer gesamten bislang erzielten Kostenmarge von ca. weit über 1 Billion Euro ausgehen können – sie sind auch nur von eingeschränktem Nutzen in den heute immer gängigeren Mustern „asymmetrischer Kriegführung“. Militärisch hoch gerüsteten Nationen stehen in Konflikten und Bürgerkriegen in einzelnen Ländern nicht mehr staatlich geführte Armeen gegenüber, sondern kleine bewegliche, bis an die Zähne bewaffnete Milizen, Privatarmeen von Clans und Warlords, Guerillaeinheiten oder Terror-Gruppen, die nicht mehr wie eine reguläre Armee großflächig in Materialschlachten auftreten und kämpfen, sondern die Taktik der überraschenden Nadelstiche, Hinterhalte und heimtückischen Attentate

anwenden. In einem solchen Szenario hat die Abschreckung mit Atomwaffen so gut wie keinen nennenswerten Rang.

### Ausgangslage nach 1945

Mit ihren ersten entwickelten Atomwaffen sahen sich die USA auf längere Sicht als einzige im Besitz einer wirksamen Waffe zur Absicherung ihrer weltweiten militärischen Vorherrschaft, die sie schon mit ihrer strategischen Luftüberlegenheit im Laufe des Krieges teilweise erreicht hatte. Doch ihr wertvolles technisches Know-how gelangte wie bereits im ersten Artikel beschrieben über Wissenschaftler wie den emigrierten jungen deutschen Physiker Klaus Fuchs, der überzeugter Kommunist und in Los Alamos maßgeblich mit am Manhattan-Projekt der USA beteiligt war, zuerst an die UdSSR, später mutmaßlich auch noch an die VR China. Diese verfolgte schon früh unter Mao Tse-tung eigene Atomambitionen und schickte deshalb ihre besten jungen Wissenschaftler in den Westen an bedeutende Universitäten und Institutionen, um hierfür verwertbares Wissen zu erlangen und zu atomaren Forschungsprojekten Zugang zu erhalten. Die entscheidenden Hinweise und Fertigungspläne erhielt die VR China bis zur Abkühlung der internationalistischen kommunistischen Freundschaft ab 1958 jedoch von der verbündeten jungen Atommacht Sowjetunion, bis sie der Welt 1964 in den Weiten der Salzwüsten von Taklamakan und Lop Nor in der Provinz Sinkiang, nördlich von Tibet ihre erste überirdische Atomwaffenzündung demonstrieren konnte (siehe auch den Abschnitt: Das Atomkarussell).

In der Anfang 1946 aus dem kubanischen Exil vorgelegten Broschüre „Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik“ beschrieb der marxistische Theoretiker und KPD-Gründer August Thalheimer auch den „Doppelcharakter“ der entdeckten Kernspaltung in der Verwendung sowohl als ziviler Energiequelle von schier endloser Reserve und Verfügbarkeit bis hin zum Zerstörungspotenzial als militärischer Großwaffe. Er ging noch davon aus, dass die durch ihre entwickelte zivile Komponente auf die Spitze getriebenen kapitalisti-

schen Produktionsverhältnisse zum beschleunigten Niedergang des kapitalistischen Lagers beitragen würden und sah darin ein stärkeres Sprengmittel als in ihrer militärischen Verwendung als Atombombe. Thalheimers zumindest kurz- bis mittelfristige Fehleinschätzung gipfelte gar in dem ideologischen Vergleich, die alte „Erfolgsformel“ Lenins vom Sozialismus gleich Sowjets plus Elektrizität zu ersetzen durch die neue Formel Sozialismus gleich Räte plus inneratomare Energie. So, so Thalheimer, sei „die Atombombe, als Einheit der beiden entgegen gesetzten gesellschaftlichen Kräfte, kein Ende, sondern der Übergang von der alten zur neuen Gesellschaft“ (Grundlinien, S. 27).

### Truman-Doktrin, „friedliche Koexistenz“

Eigentlicher Auftakt für die Truman-Doktrin war ihre Verkündung in der Kongress-Rede des demokratischen US-Präsidenten Harry S. Truman im März 1947. Sie markierte im Nachvollzug der Potsdamer Beschlüsse 1945 das Ende der Zweck gebundenen Kriegscoalition der Westalliierten mit der Sowjetunion und den Anfangspunkt des Kalten Kriegs. Die Truman-Doktrin setzte auf den wirtschaftlichen wie militärischen Beistand für „freie Völker“, die sich dem „massiven Druck“ von außen oder „innerer Erpressung“ durch gegnerische politische (sozialistisch-kommunistische!) Kräfte ausgesetzt sahen nach der Devise Freiheit contra „Totalitarismus“. Gemeint war mit letzterem natürlich ein expansiv angenommenes Auftreten der Sowjetunion. Den USA sollte die Rolle einer globalen Ordnungsmacht zufallen. Ob Marshallplan, Koreakrieg, Vietnam, Hegemonie in Lateinamerika, NATO-Nachrüstung, Bill Clintons begonnene NATO-Osterweiterung oder Bushs „Krieg gegen den Terror“, die Truman-Doktrin war angepasst und modifiziert dafür von maßgeblicher Bedeutung und wirkt bis in unsere Zeit nach. Während ihr eine letztlich aggressiv-imperiale Ausrichtung und militärische Strategie der „Eindämmung“ (containment) und Intervention zugrunde lag, ging es bei der von Lenin und dem Diplomaten Georgi W. Tschitscherin (1922) formulierten

„Politik der friedlichen Koexistenz“ (FK) der um etwas anderes. In der Zeit Stalins spielte sie zunächst keine nennenswerte Rolle. Während seines Regimes war nach dem Ende innerer Bürgerkriege und überstandenen westlichen Interventionen von außen die sich stabilisierende Lage in der UdSSR von der „Neuen Ökonomischen Politik“, der Kollektivierung der Landwirtschaft, den Partei internen Säuberungen (Moskauer Prozesse, Straflager), der Etablierung einer Stalin ergebenen Bürokratie und schließlich von der großen Aufgabe der Abwehr des Angriffs Nazi-Deutschlands gekennzeichnet. Durch die Verwüstungen des faschistischen Überfalls und den enormen menschlichen Aderlass an Kriegsoptionen (über 24 Mio.!) war die Sowjetunion in einer geschwächten Position. Gleichwohl war sie militärische Siegermacht des Weltkriegs, hatte die Hauptlast des verlustreichen Bewegungskrieges im Osten getragen, wo die Millionen Mann zählenden Heeresgruppen der faschistischen Wehrmacht und SS-Elitetruppen seit Stalingrad in starker Gegenwehr Tag für Tag, km um km, Division um Division in aufreibenden Frontkämpfen und Panzerschlachten niedergerungen werden mussten. Dagegen nahm sich der Landkrieg im Westen für die dortigen Alliierten mit wenigen Ausnahmen (Landung in der Normandie, Ardennenoffensive 1944/45, Rheinüberquerung) lange eher wie ein „Spaziergang“ aus. Amerikaner und Briten setzten ab 1942/43 Tag und Nacht „arbeitsteilig“ auf ihre überlegenen Luftwaffen und den Bombenkrieg gegen bedeutende Industrieviere und -anlagen und vor allem die deutsche Zivilbevölkerung. Nach Osten vorrückende alliierte Truppen zogen zumeist in zuvor sturmreif bombardierte deutsche Gemeinde- und Stadtareale ein. Wie um ihrerseits militärische Macht zu demonstrieren, war die UdSSR am Ende noch in den Pazifikkrieg eingetreten und hatte außerdem ihren Einflussbereich weit nach Mitteleuropa hinein ausgedehnt. Stalin konnte bis zum Ende der 40er Jahre im außenpolitischen Kräftemessen lediglich auf die rasche Entwicklung einer eigenen Atombombe und im Innern die ökonomisch-technische Sanierung aus eigener Kraft und mit Hilfe beträchtlicher deutscher Re-

parationen aus der sowjetischen Besatzungszone setzen. Dieser Prozess brauchte Zeit, indessen verfestigte sich innenpolitisch das Regime der Stalin-Bürokratie. Die Annäherung an das 1949 neu entstandene kommunistische China konnte Stalin von Nutzen sein als engem Handelspartner und militärischem Verbündeten. Plötzlich sahen sich die USA in Eurasien mit zwei großen sozialistischen Ländern konfrontiert, die auch noch Verbündete waren, was die Amerikaner im Koreakrieg bald zu spüren bekommen sollten.

Mit der Krise während der russischen Berlin-Blockade 1948/49 meldete sich Stalin auf der weltpolitischen Bühne an der unmittelbaren Trennlinie des „Eisernen Vorhangs“ zurück. Aufgrund zunehmender Unstimmigkeiten bei der Regelung des Vier-Mächte-Status für Berlin beendeten die Sowjets ihre Mitwirkung in Alliiertem Kontrollrat und Alliierten Kommandantur und riegelten Berlin auf dem Landweg ab. Die ehemaligen gegnerischen West-Alliierten konterten mit einer beispiellosen humanitären Versorgungsaktion über die drei freien Luftkorridore (Luftbrücke) für die abgeschnittenen drei Westsektoren der früheren deutschen Hauptstadt. Stalin lenkte schließlich ein und hob die Berlinblockade auf. Erst mit dem Machtantritt seines Nachfolgers Chruschtschow ab 1955 gewann die Doktrin der friedlichen Koexistenz an außenpolitischem Gewicht und Raum und wurde zu einer bestimmenden Größe als „Generallinie“ bis Anfang der 80er Jahre (XXVI. Parteitag 1981). In gewisser Hinsicht war sie der unerklärte Verzicht auf die Strategie der sozialistischen Weltrevolution der faktisch nicht mehr existierenden kommunistischen Internationale, was später vom China Mao Tse-tungs der UdSSR übel genommen wurde und bis 1963 zum Bruch der kommunistischen Koalition im Osten führte (Auseinandersetzung über die „Generallinie“). Gleichwohl bedeutete die Koexistenz global nicht das Ablassen vom Kampf um Sozialismus auf allen Gebieten außer dem des Kriegs als historischer Aufgabe, die als „Kampf für den Frieden“ erklärt wurde. Die friedliche Koexistenz war – so zumindest meinte es die ideologische Intention – von grundlegender Bedeutung für das sowjetrussische Streben nach

Verbesserung internationaler Beziehungen, Festigung von Vertrauen und die Entwicklung vor allem von wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen Ländern.

Die in ihrer Wirkung defensiv angelegte Koexistenz-Sicht zweier entgegen gesetzter Gesellschaftssysteme sollte dazu beitragen, gegenseitig auf Krieg als Mittel zur Austragung von Konflikten zu verzichten. Die ab 1969 von der BRD betriebene neue sozialliberale Ostpolitik (Wandel durch Annäherung) kam der Koexistenz-Doktrin entgegen. Eine erste Phase der „Entspannung“ im Ost-West-Gegensatz setzte ein. Sie führte gegen ein von der Opposition angestregtes, gescheitertes Misstrauensvotum gegen W. Brandt unter ihrem maßgeblichen diplomatischen „Architekten“ Egon Bahr im Jahr 1972 sowohl zum Moskauer Vertrag als auch im selben Jahr noch zum Grundlagenvertrag mit der DDR. Zwei Vertragswerke, die letztlich mit den Grundstein legten für das, was man als „Epochenwende“ der Jahre 1989/90 bezeichnet. Dadurch wurden die Systemgrenzen als unverletzlich (aber nicht unverrückbar) anerkannt. Nach dem Ende der sozialliberalen Ära 1982 setzte die CDU/CSU/FDP-Regierung unter Kohl-Genscher die eingeleitete Ostpolitik zwar fort, gab ihr aber eine eindeutig national-patriotische, konservative Ausrichtung, die deren Entspannungs-Impulse deutlich dämpfte. Klug kalkulierte „Westhilfen“ für die DDR wie der von F. J. Strauß 1983 vermittelte Milliardenkredit westdeutscher Banken an die DDR, trugen eher zu deren weiteren Destabilisierung durch Verschuldung bei als dass sie ihr längerfristig genutzt hätten. Der BRD war dabei mehr an „Öffnung“ und größerer „Bewegungsfreiheit“ in ihrem Sinn gelegen. So sah und verstand sie auch ihr mit dem Honecker-Besuch 1987 in Bonn verfolgtes Ziel (wie es etwa W. Schäuble in Interviews bestätigte).

Truman-Doktrin und friedliche Koexistenz bildeten auch die jeweiligen ideologischen Folien, von denen der Kalte Krieg seine Prägungen und Zielsetzungen erhielt. Es war weder vorrangige Absicht noch Ziel der Sowjetunion, Chinas oder anderer mit ihnen verbündeter Staaten, die ganze Erde mit einer kommunistischen Expansion zu überziehen. Doch traten

auch die UdSSR und China weltpolitisch als bestimmende Schattennächte und Rüstungslieferanten in Stellvertreterkonflikten und -kriegen auf (Bsp. Kuba, Nah-/Mittelost, Vietnam, Angola). Die Angst davor war dennoch überwiegend geschürte westliche Propaganda. Der meist sehr schwierige Aufbau des Sozialismus in einzelnen Ländern befand sich immer unter dem Druck und Zwang, sich nach innen als die „bessere Gesellschaft“ bewähren zu müssen und nach außen wehrhaft gerüstet verteidigen zu können, was beides zusammen kaum zu leisten war. Denn dadurch wurden wichtige Absatz- und Marktgebiete und Ressourcen-Quellen dem Zugriff expansiv kapitalistischer Verwertung entzogen, was der Weltkapitalismus nicht einfach hinzunehmen oder zu akzeptieren bereit war. Er organisierte die Auseinandersetzung darum unter dem verbrä-

Verbot) des 1981 an die Macht gekommenen Generals Jaruzelski (verst. 2014) gekommen. Dieser musste sich im stark katholisch geprägten Polen mit dem mächtigen Einfluss des Vatikans unter einem seit Herbst 1978 inthronisierten, antikommunistischen polnischen Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) arrangieren. Gleichwohl zeigten die genannten Beispiele, dass es die UdSSR bei renegaten Ablösungstendenzen und Konflikten in ihrem eigenen Macht- und Einflussbereich nicht so sehr mit einer „friedlichen Koexistenz“ hielten, sondern auf die Wirkung ihrer Militärmacht und Sicherung der Vorherrschaft setzten. Eigenständige, unabhängige Wege zum Sozialismus („Prager Frühling“) waren so außer bei Titos jugoslawischem Sonderweg kaum denkbar und möglich. Die friedliche Koexistenz war nicht für das Bündnis des Warschauer Paktes gedacht,

andere mit Größe und Wirksamkeit ihrer fortlaufend weiter entwickelten Systeme zu übertreffen und Macht zu demonstrieren. Zusammen fanden bis heute 2.053 über- wie unterirdische Atomtests sowie unter Wasser statt, zu etwa 86% durch die USA und UdSSR/Russland. Ungefähr ein Viertel davon geschah überirdisch. Schon die Wasserstoffbombe, über die die USA seit 1952 und die SU ab 1955 verfügten, bedeutete eine mehrtausendfache Steigerung der thermonuklearen Explosivkraft gegenüber den ersten über Japan eingesetzten Bomben. 1953 gab es bereits mit „Little Annie“ eine 364 kg „leichte“ Granate als nukleare Gefechtsfeldwaffe. Allein bei den 119 Atomtests in der Nevada-Wüste in den 50er Jahren wurden zu Hunderten eigene Soldaten als Versuchskaninchen ein- und ungeschützt der Nuklearstrahlung ausgesetzt. Ganze Südseeatolle wie Bikini



menden ideologischen Deckmantel eines Überlebenskampfes für Freiheit und Demokratie und gegen vermeintliche kommunistische Unterwerfung und Versklavung. Nicht völlig unbegründet war dies allerdings vor dem Hintergrund der Ereignisse um die Aufstände in der DDR 1953, Ungarn 1956, Prag 1968 und Polen Anfang der 80er Jahre (Solidarnosc-Gewerkschaftsbewegung). Dort war es faktisch zu einer innenpolitischen „Lösung“ in Gestalt eines „Militärregimes“ (Kriegsrecht, Solidarnosc-

sondern außerhalb für die Übergänge zwischen alten und neu entstehenden Ordnungen überall auf der Welt.

### Atomtests weltweit

Die zweite Hälfte der 1940er, die 1950er bis Anfang der 1960er Jahre, waren geprägt von der Phase überirdischer Atomtests vor allem der beiden Großmächte USA und SU, aber auch von Großbritannien und Frankreich. Jede Seite versuchte dabei die

und Eniwetok (Marshallinseln), weite Teile der Wüsten im Südwesten der USA (Nevada, New Mexico) sowie in Russland in der Nordpolarregion (Halbinsel Novaja Semlja) und in den mittelasiatischen wüstenhaften Tiefebene Russlands, wurden für Jahrzehnte bis Jahrhunderte unbewohnbar oder zerstört und radioaktiv verseucht. Auf den von der Bevölkerung zwangsgeräumten Koralleninseln des Bikini- und Eniwetok-Archipels fanden insgesamt 67 Atomtests bis zu größten Ausmaßen statt, bei de-

nen es wie im Fall der US-H-Bombe „Castle Bravo“ (ca. 15 Mega-Tonnen) zu unerwarteten atomaren Unfällen mit Toten und Verstrahlten kam, von einem Krater von 60 Metern Wassertiefe und 1,5 km Durchmesser im Explosionszentrum ganz zu schweigen. Der Fallout hatte ein Gebiet von 20.000 km<sup>2</sup> verseucht, knapp 300 Menschen, meistens Atollbewohner, japanische Fischer und US-Soldaten waren dabei radioaktiv vergiftet worden. Man hatte die Explosivkraft verwendeter Lithium-Isotope völlig unterschätzt. Die Tests ordnete man nach Vornamen wie „Ivy Mike“ als am 1. Nov. 1952 auf dem Atoll Eniwetok erster gezündeter US-H-Bombe (10,4 MT), testete die Auswirkungen auf 95 dorthin verbrachte Kriegsschiffe des Zweiten Weltkriegs aller Größen. Man wollte auch die Hitzewirkung und Verstrahlung testen und absehen auf allerlei Getier wie Schweine, Ziegen und Schafe, denen man z. B. einen Teil des Fells abrasiert hatte, um die Verbrennungs- und Strahlenwirkung auf die nackte wie noch behaarte Tierhaut vergleichend zu prüfen usw. Der letzte Bikinitest fand 1958 statt und abgesehen von einem auf lange Sicht zerstörten und verseuchten Inselparadies der Südsee ist in der Erinnerung wohl nur die danach werbewirksam erfundene Bezeichnung eines knappen weiblichen Bekleidungsstücks freizügiger Bademode geblieben. Die von den USA bisher gezahlten 200 Mio. Dollar an die zwangsumgesiedelten Atoll-Bewohner dürften von diesen kaum als angemessener Ersatz für ihre auf immer verlorene natürliche Heimat betrachtet werden. Großbritannien nutzte besonders seine abgelegenen Commonwealthgebiete und führte ab 1952 Tests anfangs vor Australiens Westküste und im südwestlichen Outback, dann auch in der Pazifikregion durch. Sie nutzten dabei die neu erschlossenen Uranvorkommen in Kanada von denen auch schon die USA für ihre ersten Atombomben profitiert hatten. Ab 1960 rückte auch Frankreich mit Tests seiner ersten Atombomben in der algerischen Sahara und ab 1966 bis 1996 in unter seiner Verwaltung stehenden Südseeregionen (Moruroa-Atoll, Fangataufa) nach. Gleich beim ersten Test in der nordafrikanischen Wüste kam es bei über 30.000 Menschen in der

Nähe zu gefährlichen Gesundheitsschäden. Man bediente sich nach Bedarf an zu verwüstendem Land und verseuchender Atmosphäre. Sowohl die Briten als auch die Franzosen mit ihrer „Force de frappe“ (Abschreckungsmacht) unterhalten heute nur noch eine kleine Flotte von jeweils einigen wenigen atomgetriebenen Unterseebooten mit Interkontinentalraketen zur nuklearen Abschreckung, Großbritannien stellte im Gegensatz zu Frankreich wie schon erwähnt überdies seine strategische atomare Luftflotte (Vulcan-Bomber) ganz ein. Bis auf China, Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea verlegten mit Inkrafttreten der Sperrverträge die atomaren Stammkräfte USA, SU, GB und F ihre Atomtests unter die Erde, später reichten für Tests sogar aufwendige Computer-Simulationen.

Eine hier nicht näher darstellbare Sondergeschichte sind die Verluste atomarer Trägersysteme (Flugzeuge, Raketen, U-Boote in den Ozeanen) und ganzer Atombomben bei Abstürzen, Unfällen und Kollisionen. Allein die USA sollen auf diese Weise 32 Atombomben „verloren“ haben. Beim Absturz eines US B-52 Bombers vor der Grönländischen Küste 1968 kam der US-Air Force eine H-Bombe abhanden, die nie gefunden wurde. Eine ganze Reihe in großen unzugänglichen Wassertiefen nicht gefundener Atom-U-Boote samt Besatzungen, Reaktoren und nuklearer Bombenladung liegen auf dem Meeresgrund und sind tickende radioaktive Zeitbomben. Am bekanntesten wurde in jüngster Zeit der Untergang eines der modernsten und größten russischen Atom-U-Boote Kursk der Oscar-Klasse (154 mtr. Länge) im August 2000 durch eine Torpedexplosion im Bug in der nördlichen Barentssee, wo es einschließlich ertrunkener 112 Mann Besatzung aus ca. 108 Metern Tiefe 2001 aufwendig geborgen wurde.

### **Chruschtschows Weltuntergangsbombe**

Den vorläufigen Schlusspunkt des ausufernden Wettlaufs überirdischer Atomversuche setzten die Sowjets mit der noch von Stalin in Auftrag gegebenen und unter Chruschtschow vollendeten sog. Zar-Bombe (AN 602,

Codename Wanja). Diese mehrstufige H-Bombe wurde konzipiert und entwickelt von der Gruppe um den Atomphysiker Andrej Sacharow, der darüber zum entschiedenen Gegner des atomaren Wettrüstens und Verfechter politischer Reformen in der SU wurde und 1975 den Friedensnobelpreis erhielt. Mit 27 Tonnen Gewicht und 8 Metern Länge/2 Metern Durchmesser übertraf sie jede bis dahin erprobte Dimension und war eine Demonstrationskeine Einsatzwaffe. Die „Zar-Bombe“ sollte ursprünglich 100 Mega-Tonnen (MT) an Sprengkraft entwickeln (zum Vgl.: die Hiroshima-Bombe hatte etwa 13 Kilo-Tonnen), wurde von Sacharow wegen nur schwer kalkulierbarer Wirkung und Risiken schon auf 50 Mega-Tonnen reduziert und hatte dann immer noch die 4.000 fache Sprengkraft von Hiroshima. Die 100 MT-Bombe hätte über dicht bewohntem Stadtgebiet eingesetzt etwa 1 Mio. Menschen sofort und später noch insgesamt bis zu 3 Mio. das Leben gekostet. Als sie schließlich am 30. Oktober 1961 über der arktischen Insel Novaja Semlja gezündet wurde, reichte ihr Explosionspilz bis in 65 km Höhe. Erfasst von der enormen Druckwelle, die auch bei ihrer dritten Erdumrundung noch seismisch messbar war, zerbarsten noch in 100 km Entfernung Gebäude und bis in 500 km die Fenster in Häusern. In einem Umkreis von 35 km wurde durch die von einem Tu 95-Atombomber abgeworfene, an einem Fallschirm herabschwebende und in 4.000 Metern jegliche Landschaftsformation zerstört und zerstäubt.

Der bei den weit über tausend überirdischen Versuchen durch den Explosionssog jeweils empor gewirbelte sog. radioaktive Fallout in feinsten Partikeln und die freigesetzten radioaktiven Strahlungen zogen, sich nur langsam verflüchtigend, in riesigen Wolkenpulks mit den Windströmungen jahrelang um den gesamten Globus oder regneten über Land oder den Ozeanen ab. Die dabei überall niedergegangenen dauerhaften radioaktiven Belastungen und Verstrahlungen übertrafen die Mengen der freigesetzten Radioaktivität beim Reaktorgau von Tschernobyl 1986 um ein Vielfaches, ohne die Besorgnis oder gar aufgeschreckte

Becquerel-Panik bei der Bevölkerung wie im Fall Tschernobyl auszulösen. (Die Tschernobyl-Wolken hatten sich vom Punkt Null aus atmosphärisch wie eine Dreifachzunge gen Norden, Westen und Süden über das westliche Baltikum, die Ostsee vor allem nach Süd- und Mittelschweden, über Weißrussland, Polen, Mittel-, West- und Süddeutschland sowie die Alpenregion bis Mittelfrankreich und über die Ukraine, Rumänien und Bulgarien in fast den gesamten Balkan bis einschließlich fast ganz Griechenland verbreitet). Man wusste in den 50er Jahren schlichtweg zu wenig über die Wirkungen von Radioaktivität und permanente großflächige Messungen wurden weltweit noch nicht angestellt. Schätzungsweise 1-3 Mio. Menschen sind weltweit an Akut- und Spätfolgen atmosphärischer Atomtests gestorben. Viele der heutigen Spät-Krebserkrankungen und Todesfälle besonders bei der in den späteren 40er bis 60er Jahren geborenen Generation gehen hierzulande auch mit auf das Konto überirdischer Atomtests. (Interessierten ist die auf einer Weltkarte beklemmend eindrucksvoll durch optische Lichtblitze und akustische Signale simulierte zeitliche Abfolge aller Atomtests bis heute auf einem Bildschirm zu empfehlen über: [www.atomwaffena-z.info](http://www.atomwaffena-z.info), Suchwort: Atomtests. Selten sieht man besser anschaulich gemachtes Material). Ein Beobachter aus dem Weltraum hätte den Eindruck gewinnen müssen, dass sich der blaue Planet über Jahrzehnte in einem Atomkrieg befand.

### Atomtest-Stopp

1963 war es dann soweit: 131 Staaten der Erde unterzeichneten das partielle Atomtest-stoppabkommen (PTBT) zum Verbot von Nuklearwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Frankreich testete noch bis 1974, China bis 1980 überirdisch. 1968 folgte der Atomwaffen-Sperrvertrag (NPT), unterzeichnet von 189 Staaten, darunter die BRD (1969), der die Weitergabe von Atomwaffen verbietet und zur Abrüstung verpflichtet (siehe Tabelle, Artikelteil II). Bis 2015 folgten 9 Überprüfungskonferenzen, deren letzte im Mai dieses Jahres in New York

ergebnislos endete. Hinfort testeten mit Ausnahme von Frankreich und China die Atomkräfte ihre Bomben unterirdisch weiter. Gänzlich der Kontrolle entzog sich dabei, ob durch die gewaltigen seismischen Erschütterungen gerade im pazifischen Feuerring in der Erdkruste nicht kurz- bis mittelfristig Erdbeben ausgelöst wurden. Der Bomben-Weiterbau war damit nicht gestoppt oder für immer unterbunden worden. Bei allen danach noch folgenden Verträgen geht es lediglich um ihre zahlenmäßige Begrenzung nach oben bzw. Reduzierung von Atomsprengköpfen und Trägersystemen (Flugzeuge, Raketen, U-Boote). Kritiker bemerken zu Recht, dass PTBT durch die „peaceful use“ (friedliche Nutzung) und die sog. „nukleare Teilhabe“ einer Reihe von NATO-Staaten (Beneluxländer o. Luxemburg, BRD, Italien, Türkei) quasi unterlaufen wird und sprechen daher von einem unechten Vertrag. Der Kontrollinstanz IAEA (Internat. Atomenergie-Behörde) fehlt es zudem an eigenen Sanktionsinstrumenten. Man kann jederzeit aus dem Vertrag wieder aussteigen, wie es 2003 Nordkorea machte (Beitritt 1985), um dann 2006 seine ersten drei Atombomben testen zu können. Unterzeichnung heißt auch nicht automatisch Ratifizierung (Umsetzung). So haben unterzeichnet, aber nicht ratifiziert, u.a. die Länder China, Ukraine, Belorussland, Kasachstan, Saudi-Arabien, Brasilien, Chile, Argentinien, Frankreich, Spanien, Portugal, Algerien, Niger, Mauretanien, Angola, Südafrika. Nichtunterzeichner sind die drei Atomkräfte Indien, Pakistan, Israel und der erst 2005 gegründete Südsudan.

### Technische Entwicklungen forcierten Wettrüsten

Einen deutlichen Schub und neue Bedrohungsqualität erfuhr das atomare Wettrüsten durch die Entwicklung bei den weitreichenden Trägersystemen zunächst durch Strategische Bomber der USA, UdSSR, GB und Frankreich. Von diesen besonders von den USA und SU in großen Stückzahlen von einigen Tausend produzierten Flugzeugen wurde stets ein bestimmtes Kontingent im ständigen Lufteinsatz über 24 Stunden

in Alarmbereitschaft gehalten, falls nötig auf Befehl den vernichtenden atomaren Erst- oder auch noch Vergeltungsschlag ausführen zu können. Alle acht Stunden wurden sie in der Luft neu aufgetankt. Am berühmtesten wurden wohl die achtstrahligen B-52 Bomber der USA, seit den Flächenbombardements auf Nordvietnam bis heute (Irak, Afghanistan) unentwegt im Einsatz. Ab etwa Mitte/Ende der 50er Jahre (1957 russischer Erststart) standen in aufeinander folgenden Baureihen die neuen land- und seegestützten Interkontinentalraketen (ICBM) bereit mit Sprengwirkungen im wenige hundert Kilo- bis Mega-Tonnen Bereich und Reichweiten bis 10.000 km und mehr. Auf US-Seite waren das Atlas, Titan I/II, Minuteman, Peacekeeper (Friedenswächter!), Midgetman, zur See als Trident- und Polaris-Version; GB benutzt nur noch die US-Trident und ist dabei, diese aufwendig zu modernisieren, Frankreich setzte auf eigene Entwicklungen M-45/-51. auf SU-Seite standen/stehen die R-, RT- oder SS-Reihen bereit. 1967 verfügten die USA über 1.054 ICBM. START I; II und der ABM-Vertrag (Anti-Raketen-Raketen) sollen die Interkontinentalbestände begrenzen, bzw. abbauen und die Anlagen zur Raketenabwehr einschränken (siehe Tabelle, Artikelteil II), doch kam es trotz SALT I gerade in den 70er- und 80er Jahren zu einem deutlichen Ausbau. Ab 1981 trat China in den Interkontinentalraketen-Club ein mit der Dongfeng-Reihe und Reichweiten bis 13.000 km. Israel hat das eigene JERICO-3 Programm (bis 11.000 km), Indien die AGNI V und VI (bis 10.000 km), Pakistan die TAIMUR und Nordkorea die Taepodong-2. Sogar Japan besitzt mit der Mu-V eine konventionelle Träger rakete, die sich mutmaßlich leicht auf Nuklearoption umrüsten ließe. Die USA modernisierten ihre Minuteman III zuletzt in den 80er Jahren und entwickelten seither keine neuen Typen mehr. Als Langstrecken- oder Interkontinentalrakete zählt, was über 5.500 km Reichweite hat. Sie stellen in Silos verbunkert, auf mobilen Startrampen oder seegestützt (U-Boote) den Kern der Atomstreitmacht aller neun Nuklearländer dar. Hinzu gekommen sind später die entwickelten sog. Mehrfachsprengköpfe (MIRV), die das Zerstörungspotenzial

im verzweigten Einsatzfächer noch vervielfachten.

## V2, Me-262, HO 2-29

Für alle heutigen Trägerraketensysteme hatte die einst von Wernher v. Braun entwickelte V2 (Aggregat 4)-Rakete Nazideutschlands und ihre Weiterentwicklung am Reißbrett zur Interkontinentalrakete A9/A10 als Prototyp Pate gestanden, die auch die USA hätte erreichen können. Sie wurden im weit verzweigten Bunkersystem des Kohnstein bei Nordhausen/Harz von tausenden Zwangsarbeitern und Häftlingen des KZ Mittelbau-Dora produziert. Im Berg herrschte konstant eine mörderische Kühltankschranktemperatur von nur 8° C. Zur technischen Serienreife kam es bei dem erstmals 1941 erprobten deutschen Strahljäger Me-262, von dem bis Kriegsende über 1.000 gebaut wurden und einige hundert Maschinen noch im Luftkampf gegen alliierte Bomberstaffeln zum Einsatz kamen. Die Me-262, von der heute noch bei Luftschauen einzelne Exemplare fliegen, und andere schon ausgereifte Nazi-Prototypen für Strahljäger und Strahlbomber, revolutionierten nach 1945 die Düsenantriebs bedingten Luftwaffen weltweit und setzten Maßstäbe, an denen sich die alliierten Sieger bei ihren Nachkriegs-Entwicklungen wesentlich mit orientierten. Erstmals kam dies den USA im Koreakrieg zu gute, wo neueste US-Düsenjagdflugzeuge gegen technisch gleichwertige nordkoreanische MIGs mit russischen Piloten antraten.

Die militärische Niederlage Nazi-Deutschlands war für die Gegenmächte ein Wettlauf mit der Zeit. Der deutschen Technologie gingen aufgrund der zunehmend ungünstigen Kriegs- und Materiallage zwar nicht die Ideen und Konzepte, aber die Luft aus. Ob U-Boot-, Düsen- oder Raketentechnik, überall hatten die Deutschen einen technischen Vorsprung. Den deutschen Horten-Nurflügler HO 2-29, ein zweistrahliger Düsenjäger in Holzbauweise, der nur aus einer Doppelflügelform ohne Leitwerk bestand, gab es nur in drei Exemplaren, die auch flogen. Eine größere Version HO XVIII sollte als Langstreckenbomber die Atombombe gegen die USA einsetzen, mit der Göring bis 1946

aus der geheimen SS-Forschung der Heeresversuchsanstalt (Rügen/Thüringen) einsatzbereit rechnete. Beide Bombertypen hätten den verlorenen Luftkrieg zugunsten der Nazis entscheidend gewendet und verheerende Waffen dargestellt, gegen die die Alliierten machtlos gewesen wären. Die HO 2-29 besaß bereits 20%-ige Tarnkappenfähigkeit gegen erfassendes Radar und flog mit Mach-1 (1000 km/h). Die Vorwarnzeit des englischen Radars hätte deshalb nur noch 2-3 Minuten gedauert, zu wenig, um die eigene Luftabwehr rechtzeitig zu alarmieren und mobilisieren. Sie lieferte das technisch bereits ausgereifte Vorbildesign für den erst bis Ende der 80er Jahre zur Serie entwickelten Tarnkappenbomber-Typ Northrop B-2 „Spirit“ der USA, basierend auf dem Nurflügler-Prinzip der Ingenieur-Brüder Horten. Die mit über 50 m Flügelspannweite riesig wirkende B-2 fungiert auch als strategischer Träger für Atombomben. Mit ca. 2 Mrd. Dollar Stückkosten ist sie mit Abstand das teuerste Kampfflugzeug der Welt, wovon deshalb auch nur 21 Exemplare existieren. Mit seinen Bombenlasten kann es Ziele weltweit (Jugoslawien, Irak, Afghanistan) ausschließlich direkt von Basen in den USA anfliegen und dorthin luftaufgetankt wieder zu-

rückkehren. Nur die Briten verfügten im Krieg außer den Deutschen in der Entwicklung von Raketen- und Düsenantriebstechnik über ein ähnlich hohes Niveau, weshalb sie dann auch eigene strategische Atombomber (Typ Vulcan) entwickelten. Sowohl die USA als auch die SU hatten sich bei der Besetzung am Ende des Dritten Reiches personell wie technisch ihren Anteil an deutschem Raketen-Know-how und technischem Spezialistentum gesichert. Während sich eine SS-Nazigröße wie W. von Braun und seine Mitarbeiter wie Jesko von Puttkamer u.a. den Amerikanern als die bedeutenden Köpfe andienten und damit reüssierten, suchten sich die Sowjets unter den weniger namhaften deutschen Spezialisten jene pragmatisch eingestellten Kräfte zusammen, die ingenieur-wissenschaftlich und technisch kaum weniger gut geschult ein bereits auf die Praxis bezogenes Wissen und Können mitbrachten. An berühmten Köpfen waren die Russen weniger interessiert. So konnten sie 1957 bis zum ersten Welt umkreisenden russischen Satelliten Sputnik 1 sogar technologisch gegenüber den USA erstmals auch mit deutscher Hilfe einen Vorsprung herausholen.

(Ende Teil I, Stand: 1.9.15)

E. K., Bremen



Ab 1944 fand die Montage der V2 (Aggregat 4)-Rakete im unterirdischen Komplex der Mittelwerk GmbH im Kohnstein durch Häftlinge des KZ Mittelbau-Dora statt.

Im Schnitt waren etwa 5000 Häftlinge des KZ Mittelbau beschäftigt. Leichen von KZ-Häftlingen, Baracke Dora-Mittelbau, 11. April 1945.





## Wie der Kommunismus nach China kam (Teil 1) – Eine Rekonstruktion revolutionärer Politik in China

Die Volksrepublik China hat eine der erstaunlichsten Geschichten des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts geschrieben. Gerade die Öffnung des Landes hin zu den entwickelten kapitalistischen Staaten und Regionen erfolgte auf spektakuläre Weise. Dies geschieht im „Reich der Mitte“ historisch ohne Vorbild und erregt demzufolge weltweit größte Aufmerksamkeit. Das bevölkerungsstärkste Land der Erde (2013: 1360 Millionen Menschen) ist mit einer Dynamik in die Weltwirtschaft eingetreten, die vor einer Menschengeneration noch unvorstellbar war. Die *Arbeiterstimme* hat in den Anfangsjahren dieser Entwicklung eine ausführliche und immer noch lesenswerte Analyse der Umbruchszeit vorgelegt („*Um die Zukunft des Weltkommunismus. Zur Politik Chinas: Langer Marsch in den Kapitalismus?*“ Sonderheft Nr. 70 vom Oktober 1985).

Der „Lange Marsch“ war damals noch mit einem Fragezeichen versehen, heute würden viele Sozialisten und Kommunisten gerne ein Ausrufezeichen dahinter setzen. In der Tat sind wesentliche kapitalistische Mechanismen bewusst zurückgeholt worden, diese haben nicht allein das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln als Systemprinzip aufgehoben. Wettbewerb und Konkurrenz traten an seine Stelle, Reichtum und Armut spalten – wieder – die Gesellschaft, Individualismus

und Egoismus brechen sich Bahn, so dass sich sogar die Parteiführung der KPCh alarmiert zeigt. Ist es möglich, den Kapitalismus zu zähmen, ihn auf ein für die Gesellschaft, für die sozialistische Ordnung zuträgliches Maß zurecht zu stützen? Ist diese Vorstellung überhaupt auf China anwendbar? Warum wird andererseits an den Formen sozialistischer Machtausübung, warum an der Parteistruktur festgehalten? Wozu dient unter den veränderten Bedingungen der Verweis auf den Marxismus? Kurz: warum ging die Führungselite nicht den Weg Osteuropas und der Sowjetunion und machte aus der KP eine „Reformpartei“, die nicht nur ihren Namen ändert?

Diese Fragen (und die bisher nicht befriedigenden Antworten darauf) haben zur nachfolgenden Untersuchung geführt.

### Das Jahrhundert des chinesischen Niedergangs

Das katastrophale 19. Jahrhundert, in dem innere Kämpfe und die äußere Bedrohung durch die imperialistischen Mächte vor allem Europas sich zu fortwährend blutigen Höhepunkten treiben, soll mit einigen statistischen Daten beleuchtet werden<sup>1</sup>. Im Jahr 1700 wird für China bei einem

Anteil an der Weltbevölkerung von 23,3 % (entspricht ca. 138 Millionen Menschen) ein Anteil von 23,1 % des globalen Volkseinkommens angenommen. Die Vergleichszahlen für 1820 liegen bei 36,3 % der Weltbevölkerung (= 381 Millionen Menschen) und 32,4 % des Weltvolkseinkommens. Zwischen 1839, dem Beginn des ersten Opiumkrieges, und 1870, dem Tientsin-Massaker, das gegen christliche Missionare und christianisierte Chinesen gerichtet war, sinkt die Bevölkerungszahl in China um über 50 Millionen Menschen, d. h. um 13 %. Erst Ende des Jahrhunderts erreicht die Bevölkerungszahl wieder das Niveau von 1820. Noch dramatischer sinkt das Inlandsprodukt zwischen 1820 und 1890. Das chinesische Viertel der Weltbevölkerung erzeugt nur mehr ein Achtel der Weltproduktion. Im Zeitraffer verelendet ein Viertel der Menschheit.

Die industrielle Revolution in Europa sprengt die Grenzen der neuen Nationalstaaten, mit der Forderung nach Freihandel und nicht reguliertem Güteraustausch wird die Expansion in weitere Wirtschaftsräume vorbereitet.

China, das seit 1644 von der mandschurischen Qing-Dynastie beherrscht wird, ist diesem Ansturm nicht gewachsen. Karl Marx beschreibt 1853 die chinesischen Ereignis-

<sup>1</sup> – zitiert nach: Maddison Historical GDP Data <http://www.worldeconomics.com/Data/MaddisonHistoricalGDP/Maddison%20Historical%20GDP%20Data.epf>



Alle Bilder in diesem Artikel sind aus der Skulpturen-Installation „Der Hof für die Pachteinnahme“ entnommen.

Die aus mehr als 100 lebensgroßen Figuren bestehende Skulpturengruppe Hof für die Pachteinnahme zählt zu den wichtigsten Werken der modernen chinesischen Kunstgeschichte und ist fest im kollektiven Gedächtnis Chinas

verankert. 1965 von Lehrern und Absolventen der Hochschule der Künste Sichuan in Chongqing als ortsspezifische Installation auf dem ehemaligen Anwesen des Großgrundbesitzers Liu Wencai (1887–1949) in der Großgemeinde Anren des Kreises Dayi der Stadt Chengdu (Hauptstadt der Provinz Sichuan), etwa 50 Kilometer westlich des Stadtzentrums, geschaffen,

wurde die Figurengruppe bald zu einem Musterkunstwerk der Kulturrevolution. In einer dramatischen Szenenfolge, die traditionelle chinesische, sowjetische und westliche Elemente zusammenführt, stellt sie die erbarmungslose Ausbeutung der Landbevölkerung durch einen reichen Grundbesitzer der vorkommunistischen Ära dar. (zitiert nach wikipedia.org)

nisse so: „Was immer die sozialen Ursachen sein mögen, die zu den chinesischen Aufständen geführt (...), ausgelöst wurde dieser Ausbruch ohne Frage dadurch, daß die englischen Kanonen China das Rauschgift aufzwingen, das wir Opium nennen. Vor den britischen Waffen ging die Autorität der Mandschu-Dynastie in Scherben; das abergläubische Vertrauen in die Unvergänglichkeit des Reichs des Himmels brach zusammen; die barbarische hermetische Abschließung von der zivilisierten Welt wurde durchbrochen (...) Gleichzeitig begann die Silbermünze des Chinesischen Reiches, sein Herzblut, (...) abzufließen.“<sup>2</sup>

Damit umreißt Marx das chinesische Dilemma im Grundsatz. Das Reich der Mitte ist längst nicht mehr fähig, den Handel mit Europa nach eigenen Regeln zu gestalten. Der kon-

trollierte Warenaustausch über den Monopolhafen Kanton hatte ab Mitte des 18. Jahrhunderts China einen bedeutenden Silberzufluss sichergestellt, der aus den Exportgütern Tee, Porzellan und Seide entsprang. Dieses für den chinesischen Staatsschatz günstige System zerbarst unter den Ansprüchen der East India Company auf Marktöffnung, die im Schutze britischer Freihandelsgesetze mit brachialen Mitteln durchgesetzt wurden. Die East India lieferte für den Tee Opium, das in der eigenen Kolonie Indien angebaut werden musste. Die Zufuhr von 325 Tonnen des Suchtgiftes im Jahr 1800 wurde bis 1839 auf 2600 Tonnen vervielfacht.<sup>3</sup>

Neben den verheerenden Abhängigkeitsfolgen für Millionen von Menschen bedeutet der Drogenim-

port 1839 einen Abfluss von mehr als 1500 Tonnen Silber, der Deckungssumme für 50 % des chinesischen Staatshaushaltes.<sup>4</sup>

Das Verbot der Opiumeinfuhr war die logische Konsequenz, in dieser Frage raffte sich die kaiserliche Regierung tatsächlich noch einmal auf, ihre Autorität durchzusetzen. In Handelskontoren gelagertes Rauschgift musste zur Vernichtung freigegeben werden. Wenn sich die westlichen Kaufleute weigerten, ihren Besitz auszuliefern oder künftig auf den Handel zu verzichten, wurden sie des Landes verwiesen.<sup>5</sup>

Großbritannien nahm die Beschwerden ihrer Kaufleute als willkommenen Anlass, seine Freihandelsinteressen militärisch durchzusetzen. Die britische Flotte blockierte Kanton und drang nach Norden bis Peking, den Kaisersitz, vor. Mit den ersten „Ungleichen Verträgen“<sup>6</sup> endete der Krieg 1842, er leitete damit die Zwangsöffnung Chinas ein.

Damit war der Anfang gesetzt für die Einbeziehung der chinesischen Peripherie in die Weltwirtschaft einer-

2– MEW Bd. 9, 95f.

3– Rainer Hoffmann: Geschichte in: Brunhild Staiger (Hrsg.): Länderbericht China Darmstadt 2000, 57

4– ebd.

5– Pankaj Mishra: Aus den Ruinen des Empires. Die Revolte gegen den Westen und der Wiederaufstieg Asiens. Frankfurt 2014, 38f.

6– Christoph Müller-Hofstede: Reich und rastlos? Chinas Aufstieg in der internationalen Ordnung. in: Fischer/ Müller-Hofstede (Hrsg.): Länderbericht China. Bonn 2014, 822

seits, und die Konstituierung einer ersten, zahlenmäßig marginalen Arbeiterklasse in den Hafenstädten andererseits.

### Die Sozialstruktur Chinas im 19. Jahrhundert: Anknüpfungspunkte einer linken Politik?

Im Zentrum des chinesischen Gesellschaftsverständnisses stand von jeher die Dynastie. Seit 4000 Jahren wurden die sinitischen Siedlungsgebiete von Königen und Kaisern regiert, das gilt für die dokumentarisch und für die archäologisch belegbaren Zeiträume gleichermaßen. Was China seit Jahrtausenden von, historisch späteren, europäischen Monarchien unterscheidet, ist die Tatsache, dass es seit der Han-Periode (206 – 220 v. unserer Zeitrechnung) von einer nichtaristokratischen Schicht von Beamtengelehrten regiert wird.<sup>7</sup> Der Feudaladel war also von den Schaltstellen der Macht weitgehend entfernt, stattdessen wurden bürokratische Lenkungsstrukturen eingezogen. Die Auswahl für diese Führungsschicht wurde über ein Prüfungssystem getroffen, das über die Jahrhunderte weitgehend unverändert blieb. Im Zentrum standen dabei das Moralverständnis und das Gesellschafts- und Staatskonzept des Konfuzianismus.<sup>8</sup>

Ein Großreich wuchs heran, das zwar von Kriegen und Teilungen nicht verschont blieb, das sich aber beständig als Einheit verstand. Sprache, Kultur, Gebräuche und vor allem die Schrift bildeten die zentralen Merkmale dieser Gemeinsamkeit.

Nach außen schottete China sich fast durchgängig ab, Einfällen in das eigene Reich begegnete man mit Schutzmaßnahmen und war es Usurpatoren schließlich gelungen, dynastische Herrschaft über China zu erlangen, so wurden die Eroberer Teil der chinesischen Kultur. Dies galt für die Herrschaft der Mongolen (als Yuan-Dynastie, 1279 – 1368) genauso wie für die Herrschaft der Mandschuren (als letzte, die Qing-Dynastie, 1644 – 1911).

Was bedeutet das für die übergroße Bevölkerungsmehrheit? Existenzgrundlage Altchinas war der Ackerbau, für den das Schwemmland des Huanghe eine günstige Voraus-



setzung darstellte. Der notwendige Schutz vor Hochwasser begünstigte die Bildung von Dorfgemeinschaften, deren Basis ein kollektives Landnutzungsrecht war. Aus den Sippenverbänden in den Dörfern kristallisierten sich Familienstrukturen heraus. Und damit geht das agrarisch nutzbare Land vor mehr als 2000 Jahren langsam in (privaten) Familienbesitz über. Aus den Abgaben für die Gemeinschaftsfelder, deren Erträge sich die Aristokratie angeeignet hatte, wurden ab dem 6. Jahrhundert v. d. Z. nach und nach Steuer- und Pachtabgaben. Die Konzentration des Besitzes hatte ihren Anfang gefunden.<sup>10</sup> In diesem Zusammenhang spricht Marx von der asiatischen Produktionsweise,

die sich als vorkapitalistische Produktionsform vom (europäischen) Feudalismus darin unterscheidet, „daß sowohl das Eigentum und die Surplusproduktaneignung, als auch der Besitz der Produktionsmittel nicht auf privater, sondern auf kollektiver Basis organisiert waren.“<sup>11</sup>

Die Grundbesitzerklasse und die sie stützende und ergänzende Beamtenklasse im Dienste des Despoten, die beide vom Mehrprodukt lebten, stehen den Dorfgemeinschaften und Familienverbänden im schroffen Gegensatz entgegen.

Das Pachtsystem, das die einzige Überlebensgrundlage für das Gros der landlosen wie der landarmen Bauern bildete und deshalb gleichzeitig den Besitzern als vorkapitalistische Grundrente die Einkünfte sicherte, stellt die Basis der chinesischen Gesellschaft seit dem 8. Jahrhundert dar und bleibt die Basis bis in das 20. Jahrhundert.<sup>12</sup> Über den Grundbesitz differenzieren sich die sozialen Klassen auf dem Lande aus, dabei wird die agrarische Nutzfläche zu einem immer kostbareren Gut in dem Maße, in dem die Bevölkerungszahlen steigen. Die Landwirtschaft war sehr kleinräumig geworden.<sup>13</sup>

Die durchschnittliche Betriebsgröße in China lag Ende der 1920er Jahre bei unter 1,5 ha Land, von dem eine Familie und der Verpächter satt werden wollten. Es handelt sich sowohl im Norden, der Weizenanbauzone, wie im Süden, dem Reisanbaugebiet, weniger um Feld- als vielmehr um Gartenökonomie, welche die Landwirtschaft prägt.

Im 19. Jahrhundert waren die Betriebsgrößen zwar noch etwas güns-

7 Hoffmann: ebd., 7

8 eine Erläuterung der wesentlichen Prinzipien des Lehrmeisters Kong Qiu würde den Rahmen und die Intention des Artikels verändern, deshalb wird hier darauf verzichtet

9 Richard Lorenz: Die traditionale chinesische Gesellschaft. in: ders. (Hrsg.): Umwälzung einer Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte der chinesischen Revolution (1911 – 1949). Frankfurt 1977, 14f.

10 ebd., 29

11 eine gute Zusammenfassung zum Begriff der Asiatischen Produktionsweise gibt Jannis Milios: Der Marxsche Begriff der asiatischen Produktionsweise und die theoretische Unmöglichkeit einer Geschichtsphilosophie. in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1997, 103ff.

12 formal bedeutete die Pachtbeziehung ein Vertragsverhältnis zwischen juristisch freien Personen, Vertragsende und Pächterwechsel war also (juristisch) möglich. De facto waren die sozialen Beziehungen vom Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis zu Lasten der Pächter bestimmt. (vgl. Lorenz: ebd., 59ff.)

13 ein chinesischer landesweiter Untersuchungsbericht, der von Mitgliedern der KP und der Guomindang 1927 veröffentlicht wurde, kommt zu folgenden Ergebnissen über die Bodenverteilung des Landes: (zitiert nach: Joachim Durau: Die Krise der chinesischen Agrarökonomie. in: Lorenz: ebd., 132)

tiger, aber auch zu dieser Zeit steckte das Pachtsystem in einer Existenzkrise. Demzufolge begleiteten Revolten und Bauernaufstände das 19. Jahrhundert. Verglichen mit Europa lag der Urbanisierungsgrad in China 1820 bei der Hälfte<sup>14</sup>, in den Städten ab 10 000 Einwohnern entstand während des Jahrhunderts kaum Industrie, also auch keine Industriearbeit.

Den Existenzdruck konnten Klein- und Mittelbauern, d. h. Familien mit etwa zwei Hektar Land, über Jahrhunderte dadurch mindern, dass sie neben der Landwirtschaft auch Klein- und Handwerksproduktion betrieben. Diese Produktionsform in Familienarbeit sorgte für einen hohen Selbstversorgungsgrad auf dem Lande, ein notwendiges Maß an Zusatzeinkommen und sie bildete ein Hindernis für die gesellschaftliche Arbeitsteilung aus. Städtische Siedlungen blieben, mit wenigen Ausnahmen, klein, die Notwendigkeit des Warenaustausches war regional begrenzt.

Durau konstatiert für das 19. Jahrhundert, dass sich in den Städten eine Waren- und Geldwirtschaft entwickelte, die Akkumulation von Handelskapital stattfand und im Bergbau und in Manufakturen Vorformen einer industriellen Produktion entstanden. Trotzdem kommt er zu dem Schluss, „das überkommene ökonomische Fundament der chinesischen Gesellschaft, die bäuerliche Eigenbedarfswirtschaft“ sei „noch nicht unterhöhlt“<sup>15</sup> gewesen.

Institutionell, technologisch, militärisch und politisch ist China den Imperialisten aus Europa nicht gewachsen. Altbewährte Methoden, mit Fremdherrschaft fertig zu werden, indem die Usurpatoren sinisiert und akkulturiert werden, fruchten nicht bei Handelskompanien, die keine Regierungsgewalt, sondern Profiteure suchen. Rücksicht wird auf die chinesische Situation nicht genommen. Stattdessen nutzen die Handelskon-



tore im Zusammenspiel mit der britischen Regierung jedes Nachgeben, jedes Entgegenkommen des Kaiserhauses rücksichtslos, um weitergehende Ansprüche durchzusetzen. Gegenmaßnahmen wie die Konfiskation von Opium durch chinesische Regierungsstellen dienen als Anlass, um militärisch zu intervenieren. Großbritannien entsendet sechzehn Kriegsschiffe, besetzt Hongkong so-

wie die Mündungen mehrerer Flüsse und beschießt Hafenstädte an der Südküste. 1842 ist China gezwungen im Vertrag von Nanking den ersten der „Ungleichen Verträge“ zu unterzeichnen. Darin werden unter anderem die Abtretung Hongkongs an das Vereinigte Königreich, die Öffnung weiterer fünf Häfen für den englischen Handel und eine horrend Geldentschädigung vereinbart.<sup>16</sup>

Die damit einhergehende weitere Schwächung der kaiserlichen Zentralgewalt hat für die Bevölkerung die dramatischsten Folgen. Das Anlegen von Nahrungsmittelreserven, die Erhaltung der Transportwege und der Deiche, die Verteilung von Lebensmittelvorräten zu festgesetzten Preisen sind bisher wesentliche Aufgaben der Zentralgewalt, die sie von Jahr zu Jahr immer weniger erfüllen kann. Überschwemmungen und weitere Naturkatastrophen weiten sich unter diesen Bedingungen zwangsläufig zu regionalen und landesweiten Hungersnöten aus. Bis zu zehn Millionen Menschen verhungern in den Jahren 1877/79.

Die prekäre Existenz in den Dörfern wird nachhaltig erschüttert, als einheimische Produkte, zum Teil in Zuverdienstarbeit gefertigt, von vor allem britischer Importware verdrängt werden.<sup>17</sup> Die Landarmut und die wachsende Konkurrenz durch ausländische Produkte gefährden die Existenz der Bauernschaft im Kern, verschärft wird die Krise durch das Versagen der Zentralmacht und, als Ausdruck dieses Versagens, die ungehinderte Missionstätigkeit vorwiegend fundamentalistischer westlicher Christen. Die gleichermaßen innere wie äußere Bedrohung ist Ausgangspunkt einer Kette tiefer Verstörungen und Katastrophen im Lande.

Der Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems, nach Tausenden von Jahren, steht am Ende

14– vgl. Fußnote 1; der Urbanisierungsgrad in China 1820 hatte den Wert in Europa aus dem Jahr 1500

15– Durau: Die Krise der chinesischen Agrarökonomie, 94

16– Runhild Böhm: Englands Opiumkriege in China. Tübingen 2000, 12

17– Karl Marx schildert die Folgen der Handelsverträge aus der Sicht der englischen Handelsbourgeoisie mit umgekehrten Vorzeichen:

„Nach einem sorgfältigen Studium der Geschichte des chinesischen Handels kamen wir zu der Meinung, daß im allgemeinen die Konsumtionsfähigkeit und die Kaufkraft der Bewohner des Himmlischen Reiches stark überschätzt worden ist. Bei der gegenwärtigen ökonomischen Struktur der chinesischen Gesellschaft, deren Angelpunkt die in kleinste Parzellen zersplitterte Landwirtschaft und das Handwerk ist, kann von einer nennenswerten Einfuhr ausländischer Waren gar nicht die Rede sein. Immerhin könnte China bis zu einem Betrag von 8 000 000 Pfd. St., nämlich der Summe, die grob geschätzt die Gesamtbilanz zugunsten Chinas gegenüber England und den Vereinigten Staaten bildet, allmählich einen Überschuss englischer und amerikanischer Waren aufnehmen, dies jedoch nur, wenn der Opiumhandel unterdrückt wird. Zu dieser Schlußfolgerung gelangt man zwangsläufig, wenn man die einfache Tatsache feststellt, daß die chinesischen Finanzen und die Geldzirkulation trotz der aktiven Handelsbilanz durch den Import von Opium zum Betrage von etwa 7 000 000 Pfd. St. ernsthaft zerrüttet sind.“ in: MEW 12, 569

**Karl Marx äußert sich in der "New York Daily Tribune" vom 20. September 1858 zur Bedeutung des Opiums für den britischen Fernhandel:**

„(...) während der Kaiser von China gleichzeitig die Einfuhr des Giftes durch die Ausländer und seinen Konsum durch die Einheimischen verbot, um den Selbstmord seines Volkes zu verhindern, verwandelte die Ostindische Kompanie den Opiumanbau in Indien und den Opi-

umschmuggel nach China sehr schnell in unabdingbare Bestandteile ihres eigenen Finanzsystems. Während der Halbbarbar das Prinzip der Moral vertrat, stellte ihm der Zivilisierte das Prinzip des Mammons entgegen. Daß ein Riesenreich, das nahezu ein Drittel der Menschheit umfaßt, das trotz des Fortschreitens der Zeit dahinvegetiert, durch künstliche Abkapselung vom allgemeinen Verkehr isoliert ist und es deshalb zuwege bringt, sich mit Illusionen über seine himmlische

Vollkommenheit zu täuschen –, daß solch ein Reich schließlich vom Schicksal ereilt wird in einem tödlichen Zweikampf, in dem der Vertreter einer veralteten Welt aus ethischen Beweggründen zu handeln scheint, während der Vertreter der überlegenen modernen Gesellschaft um das Privileg kämpft, auf den billigsten Märkten zu kaufen und auf den teuersten zu verkaufen – das ist wahrlich ein tragischer Abgesang, wie ihn seltsamer kein Dichter je eronnen haben könnte.“

dieser Entwicklung. Das Kaisertum ist 1911 personell und politisch unfähig, materiell am Ende, bündnispolitisch zwischen allen Stühlen und moralisch desavouiert wie niemals zuvor in der Geschichte. Und deshalb stürzt es. Wohlgermerkt, das Kaiserreich geht während des Zeitraums eines Menschenalters unter, Not und Verderben kennzeichnen diese Epoche. So sind etwa der Taiping-Aufstand ab 1851 oder der Kampf der „Bewegung der Verbände für Gerechtigkeit und Harmonie“, der sogenannte Boxeraufstand 1900/01, Ausdruck der unhaltbaren Zustände im Reich.

Ab Mitte des 18. Jahrhunderts war die Bevölkerungszahl erheblich gestiegen, dies bedeutete zwischen 1700 und 1820 annähernd eine Verdreifachung der Bevölkerung. Die Mandschu hatten ihre Macht im

Reich nach langen Kämpfen gegen die Anhänger der Vorläuferdynastie endgültig gesichert und durch landesweite militärische Präsenz augenfällig gemacht. Diese „Ordnung“ sorgte für Ruhe im Land und ließ das Interesse der Dynastie an der Expansion Chinas wachsen. Tributleistungen anderer Völker und Länder verschafften dem Kaisertum wiederum den Spielraum, die Tributpflicht im Kernland zu reduzieren. Anbaumethoden, Gerätschaften und die kol-



weitung der Anbauflächen kompensiert werden. Das Pachtverhältnis auf dem Lande war nach wie vor für die Mehrheit der Bevölkerung bestimmend.<sup>18</sup> Diese Pacht wurde häufig noch in der Form von Naturalabgaben und Arbeitsleistung abgeführt und umfasste zwischen 40 und 60 % des Erntertrages.<sup>19</sup> Selbst die einfache Reproduktion war deshalb für viele Pächter gefährdet, eine erweiterte Reproduktion, die Entstehung von Akkumulationskapital war ausgeschlossen.

Diese Klasse blieb, obwohl formal frei, an die überkommenen Verhältnisse im Dorf gekettet und suchte verzweifelt Auswege aus ihrer Situation. In das Vakuum, das eine gegenüber den Europäern hilflose und durchsetzungsschwache Zentralgewalt erzeugte, strömten Heilsversprecher unterschiedlicher

Art ein. Sie schufen regionale und darüber hinausgehende nationale Massenbewegungen, so etwa im Taiping-Aufstand. Ohne die genaueren Umstände dieser Bewegungen zu untersuchen, kann man festhalten, was sie so offensichtlich attraktiv machte. Das „Himmlische Reich des Großen Friedens“, das als Neukonstruktion des

lektive Organisation zur Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages waren traditionell in China hochentwickelt gewesen, weitere Fortschritte vor dem Zeitalter der Mechanisierung und Technisierung blieben zwangsläufig bescheiden und die steigende Bevölkerungszahl konnte nur zum geringen Teil mit einer Aus-

18– Lorenz: ebd., 66; der Anteil der Pächter an der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung betrug insgesamt 45 bis 50%, in den zentralen und Südprovinzen sogar 70 bis 75%

19– Lorenz: ebd., 67

alten China errichtet werden sollte, ist eine Aufbau-Vision im Zeitalter des Verfalls. Der „Große Friede“ wurde ausdrücklich auch als sozialer Friede verstanden, wobei die Klassenlosigkeit der Gesellschaft wie die Gleichberechtigung der Geschlechter Forderungen an der Oberfläche blieben. Immerhin begann man das Binden der (Frauen-) Füße zu untersagen, Drogen und Kriminalität im Umfeld der Drogen zu unterbinden sowie Privat- in Gemeinschaftseigentum (als Stellvertretung des christlichen Gottes) umzuwandeln und/oder neu zuzuweisen. Doch blieb auch das alte Pachtsystem erhalten. In die Klassenbeziehungen wird korrigierend eingegriffen, der Gegensatz zwischen den Klassen existiert aber nach wie vor weiter. Die Taiping-Bewegung ist auf einen moralisch guten Führer gerichtet: Hong Xinquan war als Angehöriger einer Minderheit an der Verwirklichung seiner beruflichen Ziele gehindert worden und ließ sich daraufhin von der Lehre des (erfolgreichen) Westens, dem Christentum evangelikaler Ausprägung, beeindrucken. Diese Modernisierung

zielt auf die Gleichheit der Perspektiven und verlangt allen gemeinsam Opfermut und Verzicht, aber für ein lohnenswertes Ziel, ab. Der Gegner, das mandchurische Kaiserhaus, war ausgemacht und sollte beseitigt werden, ohne die Vorstellung vom Kaisertum selbst aufzugeben. Menschen gerade aus den unteren Schichten, Angehörige von ethnischen Minderheiten erkämpften sich zwischen 1851 und 1864 die Kontrolle über beinahe ein Drittel des chinesischen Reichsgebietes, weil sie gebrochen hatten mit den alten Verhältnissen und sie nicht zurück konnten oder wollten. In äußerst gewalttätigen Auseinandersetzungen wurde dieser Krieg um die Umwälzung der über-

kommenen Gesellschaftsordnung geführt, Gnade kannten dabei beide Seiten nicht.

Kaiserliche und Provinztruppen örtlicher Militärbefehlshaber wurden genauso ausgelöscht wie im umgekehrten Fall aufständische Massenheere. Die Städte des jeweiligen Feindes wurden nach der Einnahme rücksichtslos „gesäubert“. Die Zahl der Getöteten in diesem Zeitraum wird zwischen 20 und 30 Millionen Menschen veranschlagt, eine Ziffer, welche die Opferzahlen des I. Weltkrieges erreicht. Dass die verhassten Mandchu schließlich die Oberhand behielten, ist Resultat der institutionellen Schwäche der aufständischen Kräfte, die ohne einheitliche Führung, ohne gemeinsame politische



Konzepte blieben bis zum vernichtenden Ende. Schließlich bekämpfte man sich, in heillosen, meist religiös unterlegten Richtungskämpfen verstrickt, selbst. Die Ausweglosigkeit der Lage ließ die Führer der Bewegungen zu Forderungen nach unbedingtem Gehorsam und der immer fundamentalen Auslegung der jeweils reinen Lehre greifen. Bündnisse vor allem mit den städtischen Klassen, um die Kaiserherrschaft und ihre militärische Basis zu beseitigen, kamen unter diesen Bedingungen nicht zustande. Stattdessen suchte die Gentry aus den Städten Schutz vor den Aufständischen bei britischen und französischen Truppen, an die sich nach 1860 auch der Kaiser gewandt

hatte. Im Zusammenwirken mit den imperialistischen Nationen war es dem Kaiserreich noch einmal gelungen, die Macht im Lande zu behalten. Doch fand dieser Koloss auf tönernen Füßen nicht mehr die Kraft, eine chinesische Moderne einzuleiten.<sup>20</sup>

Der Zustand der Revolution, der im 19. Jahrhundert mehrmals erreicht war, sollte letztlich die Fremdherrschaft der Mandchu beenden. Die Dynastie hatte nach allgemeiner Auffassung ihre Aufgabe, „das Mandat des Himmels“ zu verwalten, nicht erfüllt und musste abgelöst werden. Sie war nicht mehr in der Lage, die territoriale Einheit des Reiches und die physische Existenz seiner Bewohner, damit das konfuzianische Normensystem aufrecht zu erhalten.<sup>21</sup> Nicht gegen das

Reich und seine gesellschaftliche Ordnung erhoben sich die Massen, sondern gegen die herrschaftliche Gefährdung dieser Ordnung. Das nimmt der revolutionären Bewegung nichts an Schärfe oder Erbitterung, und sie ist zum Äußersten entschlossen, doch muss man auf der anderen Seite feststellen, dass die Bedingungen für eine gesellschafts-

verändernde Umwälzung noch nicht herangereift waren. Das Eigentumsrecht am Land und an den Produktionsmitteln war phasenweise und auf lokaler Ebene verändert worden, ohne die Pacht als solche abzuschaffen. Eher humanitär-religiöse Gründe waren dafür verantwortlich, das Eigentum wurde aber nicht als Hebel zur Veränderung der Sozialordnung wahrgenommen. Die Arbeiterklasse war zahlenmäßig nur marginal existent, deren Bildungsstand verschwindend gering und ein Klassenbewusstsein nicht vorhanden. So radikal und in eine sozialistische Richtung vorwärtstreibend manche Forderungen und Umsetzungsschritte anmuten, wenn man die überlieferten Äußerungen ansieht, so beschränkt und erfolglos mussten sie unter den vorhandenen Bedingungen bleiben.

20– eine umfassende Darstellung des Taiping-Aufstandes fehlt, zumindest auf Deutsch

21– Lorenz: ebd., 39

# Das Handelskapital der Hansestädte auf Raubzügen im Osten

„Frieden“ mit der Ukraine am 9. Februar 1918 und mit Sowjetrussland am 3. März 1918.



der konterrevolutionären Kräfte innerhalb Russlands gegen die Bolschewiki.

**Seit 1918 ist die Ukraine unser: Der „Brotfrieden“ vom 9. Februar 1918 sichert Deutschland die „Kornkammer Europas“ mit Hilfe der Separatisten der Ukraine**



Mit dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk (3. März 1918) zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland wurde das „Mittleuropa-Projekt“ der „Kriegszielpartei“ der Obersten Heeresleitung (OHL) um Erich Ludendorff und Hindenburg Wirklichkeit. Die Vertreter des Handelskapitals der Hansestädte um Ballin (Hamburg), Possehl (Lübeck) und Roselius (Bremen) gehörten ab 1914 mit dem AEG-Chef und späteren Außenminister Walter Rathenau zu den Propagandisten dieses Projektes: Aus riesigen Gebieten Rußlands entstand damals eine Pufferzone, die von Finnland und den baltischen Staaten über die Ukraine, der Krim bis jenseits des Kaukasus zur türkischen Grenze reichte. Und das Bündnis zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich ermöglichte mit Hilfe der Berlin-Bagdad-Bahn die Eroberung der Erdölfelder im Nahen Osten. Alles wurde kontrolliert und besetzt bis zum Frieden von Versailles (28. Juni 1919) von deutschen Truppen. Ein Eroberungsfeldzug, der Hitlers „Fernziel, ein deutsche Ostimperium auf den Trümmern der Sowjetunion aufzubauen“ schon 1917/18, hatte Realität werden lassen. Der „Friede“ von Brest-Litowsk bedeutete die Vorherrschaft Deutschlands in den russischen Provinzen und die Stärkung

Bereits am 9. Februar 1918 hatten das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn einen Friedensvertrag mit den Separatisten der Ukrainischen Volksrepublik geschlossen, die zuvor ihre Unabhängigkeit von Russland erklärt hatten. So entstand aus der Zerfallsmasse des Zarenreichs die „Kornkammer Europas“. Mit diesem sog. „Ukrainischen Brotfrieden“ endete der Erste Weltkrieg in Osteuropa – mit hohen Unsicherheiten. Der 1894 in Brody/Ostgalizien geborene Schriftsteller Joseph Roth gehörte zu den Autoren, die schon 1920 von der „Ukrainomanie“ als „Berlins neueste Mode“ sprachen. Und die höchst unbestimmte Vorstellung von einem ukrainischen Brotfrieden schrieb er dem politischen Dilettantismus eines österreichischen Kriegsdiplomaten zu. „Manchmal wird eine Nation modern. Griechen und Polen und Russen waren es eine Zeitlang. Nun sind es die Ukrainer“, notiert Joseph Roth am 13. Dezember 1920 in einer Artikelserie für die *Neue Berliner Zeitung*, die er für die *Frankfurter Zeitung* ab 1924 fortsetzte, dabei stets unfähig, einen „Nationalcharakter“ der Ukrainer zu erkennen. In der „unelastische Charakterstärke halbgebildeter Fanatiker“ unter den „intellektuellen Führern und Politikern“ sah er nichts anderes als den „Charakter eines Volkes der Ukrainer, ... von der Zivilisation weiter entfernt als seit der Revolution das russische und als (seit jeher) das polni-

sche. Es ist unwissend, arm, zerschnitten und schön“ (12. 8. 1928). Lemberg, die Stadt der verwischten Grenzen in Galizien als östlicher Ausläufer der alten kaiserlichen und königlichen Welt, gehörte noch nicht zur Ukraine, wie Joseph Roth in seiner dreiteiligen Zeitungsserie „Reise durch Galizien“ am 22. November 1924 für die *Frankfurter Zeitung* festhält. Denn schon am 22. Juni 1915 war der jüdische Schriftsteller mit den österreichisch-ungarischen Truppen siegreich in Lemberg eingezogen.

Für die Oberste Heeresleitung der deutschen Armee verband sich mit dem „Ukrainischen Brotfrieden“ die Hoffnung, die Versorgung mit Nahrungsmitteln für die hungernde deutsche Bevölkerung zu sichern und die Frühjahrsoffensive an der Westfront im März 1918 einleiten zu können. Schon damals mit überraschenden Ergebnissen. So nahm z. B. Alfred Faust, der an der Ostfront eingezogene Bremer Propagandachef von Roselius (*Kaffee Hag*), als USPD-

Mitglied am Kongress der Arbeiter und Soldatenräte vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin teil – als Abgeordneter der Ostfront, Wahlbezirks Heeresgruppe Kiew/Ukraine. Faust berichtete dort über „wilde Truppen“ und chaotische Zustände der deutschen Heeresgruppe Kiew (Protokoll 31. 1. 1919, S. 205). Er wurde u. a. begleitet von dem im August 1916 in russische Gefangenschaft geratenen Ernst Reuter, den späteren Berliner Bürgermeister.

Reuter hatte es als damaliger Anhänger der Bolschewiki bis zum Kommissar der autonomen Wolgagadeutschen Republik gebracht. Er nahm mit Karl Radek am Gründungskongress der KPD Ende Dezember 1918 in Berlin teil und blieb als Wortführer der „Linken“ bis zum Parteiausschluss im Januar 1922 KPD-Generalsekretär – unter seinem Parteinaamen Ernst Friesland.

Der als „historische Stunde“ gefeierte „Frieden“ von Brest Litowsk sicherte für kurze Zeit den Beginn einer deutschen Vorherrschaft in Osteuropa. Diese Zeit nutzte die Bremer und Hamburger Kaufmannschaft zur Gründung einer „Gesellschaft für internationale Unternehmungen“, um den deutschen Außenhandel auszudehnen und wichtige Teile der baltischen Provinzen Rußlands auszubeuten. Die Beteiligung des führenden Hamburger Bankiers Max Warburg und des Ruhrindustriellen Hugo Stinnes sicherte die Kreditbeschaffung ab. Noch im März 1918 gelang es ihnen, mit dem Bukarester Vertrag eine Neuordnung der rumänischen Erdölwirtschaft unter Einschluss der galizischen Ölfelder abzuschließen. Und schon im Dezember 1917 hatten sie eine neue Mineralöl-Handels- und Beteiligungsgesellschaft gegründet, der sich auch Albert Ballin von der Hapag für den Verein der Hamburger Reeder angeschlossen hatte. Diese Raubzüge der Hanseatischen Kaufmannschaft sollten mit ihrem Drang gen Osten im Zweiten Weltkrieg einen neuen Höhepunkt erreichen. Ludwig Roselius hatte schon am 14. Dezember 1918 in der *Roten Fahne*, dem Zentralorgan des Spartakusbundes, „diese Handvoll Leute, die sich zu bereichern wünschten“, verteidigt. Und das in scharfer Auseinandersetzung mit dem Künstler

und „Freund Heinrich“ Vogeler, der mit seiner „Friedenssehnsucht“ in den „bösen Geist der Gesche Gottfried“ geschlüpft sei. Vogeler hatte sich als Verteidiger des „Menschheitsfriedens“ und Anhänger der Bremer Linken zum Spartakusbund bekannt. Er sei zu den „machtlüsternen... Feiglingen oder Desperados und Anarchisten ... im Gewande des Terrors“ übergelaufen, so Ludwig Roselius. Er sah dagegen in deren Forderungen nichts als „wehrlose Überlieferung des gesamten deutschen Volkes der Schande, roheste Ausbeutung der Schwachen, körperliche Knechtschaft der Frau, Knebelung jeder Geistesfreiheit, Bürgerkrieg und Mord“. Auf der ersten Seite der Nr. 29 des Jahrgangs 1918 der *Roten Fahne* nahmen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht diesen ausführlich zitierten Konflikt zum Aufhänger des Grundsatztartikels „Was will der Spartakusbund?“



**Handelshäuser und Niederlassungen ab 1941/42 in der Ukraine und auf der Krim.**

Hanseatische Handels- und Verkehrsunternehmen profitierten ab 1941/42 erneut von den Morden und Raubzügen in den besetzten Gebieten im Osten. Schon kurz vor dem Krieg gegen die Sowjetunion hatte der IHK-Präsident Bollmeyer in der *Bremischen Wirtschafts-Zeitung* vom 5.

April 1941 verlauten lassen: „Kampf und Arbeit für die deutsche Weltgeltung hat Bremen stets als seinen hanseatischen Auftrag angesehen. Auch heute stehen die Bremer Kaufleute und Reeder für die Zukunftsaufgaben des Großdeutschen Reiches bereit, getreu dem alten bremischen Kaufmannsspruch: ‚Buten un Binnen, Wagen un Winnen!‘“ Abgesichert durch die Wehrmacht und die SS-Einsatzgruppen und geschützt von den hanseatischen Polizeibataillonen und den deutschen Polizeidienststellen vor Ort gründeten die Handelshäuser ihre Niederlassungen vor allem in der Ukraine und auf der Krim, aber auch in Reval/Tallinn und Riga. Lange blieb diese Beteiligung des Handelskapitals an den NS-Verbrechen weitgehend unbemerkt. Dabei hatte eine Ausstellung im Bremer Kulturzentrum Schlachthof schon 1983 auf diesen Tatbestand aufmerksam gemacht – auf der Grundlage der Arbeit von Dieter Pfliegensdörfer zum

Bremer Handelskapital in der NS-Zeit. Wir stießen damals zusammen mit den DGB-Gewerkschaften, der VVN und den Bremer Arbeiterveteranen auf den heftigen Widerstand nicht nur des politischen Senats, sondern neben der CDU auch aus den Reihen der SPD. Erst 2011 gelang es, dieses Thema im Rahmen der Bremer Polizeiausstellung wenigstens ansatzweise zu behandeln. Karl Schneider hat diesen Akt der Beteiligung der „Pfeffersäcke“ an Kriegsverbrechen in seiner 2011 veröffentlichten Dissertation über die *Bremer Polizeibataillone und der Holocaust* behandelt und damit den Anstoß zur Senatsausstellung gegeben. Und die von Karl-Heinz Roth vorgelegte Studie über *Reemtsma auf der Krim* (2011) liefert weitere bedrückende Belegstücke am Beispiel der Tabakhandelsfirmen unter der Ägide der Martin Brinkmann AG und des Hamburger Reemtsma-Konzerns. Beide hatten sich im Frühjahr 1942 zu einer Tabakbau- und Handelsgesellschaft zusammen geschlossen, um in der Ukraine und im Nordkaukasus ein Syndikat der Tabakproduktion zu gründen. Mit Hilfe der skandalösen Ausbeutung von Zwangsarbeitern gelang ihnen ein riesiger Profit. Sie übernahmen in der zuständigen staatlichen „Zentralen Handelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen



Absatz und Bedarf GmbH“ (ZO) mit 230 deutschen Einsatzfirmen und 1500 deutschen Verwaltern in den Hauptgeschäftsstellen der Ukraine und Kaukasiens eine Vorreiterrolle beim Einsatz von rund 5500 deutschen Kadern (siehe Anhang zu den Sonderführern) und etwa 520.000 zur Zwangsarbeit verurteilten einheimischen Arbeitskräften. Zu den Bremer Zweigniederlassungen der ZO gehörten neben der Martin Brinkmann AG und ihrem Seniorchef Ritter so bekannte Namen wie Eduard Schilling, Kaffee Hag (Roselius), Kuhlenskampff & Konitzky (Ostfaser) oder die Tabakhändler Arnold Duckwitz und Beckröde&Renner. Schon am 22. 10. 1941 hatte der Bremer Tee- und Kaffeeimporteur Wilhelm Eicke dem Regierenden Bürgermeister und SA-Gruppenführer Böhmcker mitgeteilt: „*Es ist beabsichtigt, den gesamten Einfuhrhandel für Tee und Kaffee Bremens und Hamburgs in die Aufgabe (der ZO) einzubauen.*“ Die Gemeinschaftsgründung des Tabakhandels und der deutschen Zigarettensindustrie nahm ihren Hauptsitz in Bremen mit der Niederlassung in Kiew und wies ein Kapital von RM 2.400.000 aus. Die Kaufleute halfen dabei, die sowjetische Landwirtschaft auszuplündern, Wehrmacht und Okkupationsbehörden mit Agrarerzeugnissen zu beliefern und den Weitertransport von geraubten Waren ins Reich durchzuführen. Dieser „Erfolg“ beruhte mit auf den Formen der polizeilich-militärischen Kollaboration und den von den Sonderkommandos der SS befehligten Selbstschutz-Kompanien in der Ukraine, unterstützt dabei von einheimische Verwaltungskadern, die sich nach den jeweiligen lokalen ethnischen Strukturen in der Regel aus Russen, Ukrainern und anderen Minderheiten (außer Juden) zusammensetzten. Das Ausschweigen der rigorosen Ausplünderungspraktiken und das Wissen von Mordaktionen gehört bis heute zu den kollektiven Verdrängungsmechanismen. Nach wie bleibt es eine ungelöste Aufgabe, Funktion und Rolle der deutschen Einsatzfirmen der Zentralen Handelsgesellschaft Ost aufzuarbeiten, die mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte aus der SU schamlos ausbeuteten, ohne dass bislang für eine Wiedergutmachung der Überlebenden gesorgt wurde. Ganz zu schweigen von jenen

Firmen, die nach den Luftangriffen Teile der Produktion in die besetzten Länder oder in die Nähe von Konzentrationslagern umsiedelten. Der Bremer Focke-Wulf-Flugzeugbau mit dem Großaktionär Roselius errichtete z. B. ein großes Werk in der Nähe vom KZ Stutthof bei Danzig und ließ dort Motoren bauen. Der Weser-Flugzeugbau errichtete im Sudetenland bei Rabstein (Böhmisch-Kamnitz) einen Zweigbetrieb, in dem 650 Häftlinge Stollen für den Flugzeugbau in das Gebirge treiben mussten. Und die Firmenleitung forderte außerdem den Bau eines Barackenlagers als Außenlager des KZ Flossenbürg.

Bleibt noch anzumerken, dass Jan Philipp Reemtsma, der Haupterbe des Reemtsma-Konzerns, im Gefolge der Studie von Karl Heinz Roth alle überlebenden ehemaligen Zwangsarbeiter des Reemtsma-Konzerns freiwillig individuell entschädigte, unabhängig von der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Dagegen haben bislang die Arbeiten von Pfliegensdörfer, Roth oder Schneider nicht dazu beigetragen, das „kurze Gedächtnis der Bremer Sozialdemokratie“ (Michael Wildt) ein wenig zu lüften. Denn auch in einer „roten Hochburg“ wie Bremen gelang „auswärts eingesetzten“ NS-Tätern die konfliktlose Rückkehr in die Zivilgesellschaft. Auf über 150 Seiten kann man bei Karl Scheider die bedrückende *Bremer Polizeigeschichte im Spiegel von Polizeikarrieren* verfolgen: Trotz der Verurteilung als Kriegsverbrecher wurde z. B. Karl Schulz, Adjutant von Arthur Nebe, dem Leiter der Einsatzgruppe B, 1952 Kriminaldirektor in Bremen. Und Erwin Schulz, der ehemalige Bremer Gestapo-Chef und in Nürnberg als Massenmörder zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilte Leiter eines Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, konnte 1954 auf Bitten des Bremer Senats die Haftanstalt Landsberg vorzeitig verlassen und als verurteilter Kriegsverbrecher seine Dienstbezüge mit einem Übergangsgeld bis zu seiner Pensionierung beziehen. Der SPD-Innensenator Adolf Ehlers hielt es für „durchaus möglich“, Schulz zu einem späteren Zeitpunkt wieder im öffentlichen Dienst zu verwenden. Mit Bürgermeister Kaisen und dessen Pressechef Alfred Faust gehörte Ehlers, unterstützt vom li-

beralen Justizsenator Spitta, zu den Repräsentanten der Zusammenarbeit von Kaufmannschaft und Sozialdemokratie, die dazu neigten, die NS-Täter mit einer „kalten Amnestie“ (Jörg Friedrich) in die Nachkriegsgesellschaft zu integrieren. Davon profitiert auch der führende europäische Kaffee-Importeur Ludwig Roselius (1874-1943). Deshalb noch einmal zurück zum Propagandisten der „Ideen von 1914“, die für Roselius im „Geist von Potsdam“ am 21. März 1933 kulminierten. Er gehört zu den erfolgreichsten Profiteuren beider Weltkriege.

### „Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles begann der 2. Weltkrieg“

Mit anderen konservativ-chauvinistischen Kräften um Großadmiral Alfred von Tirpitz, dem aus Bremen stammenden Historiker Dietrich Schäfer und Wolfgang Kapp (Initiator des Kapp-Putsches von 1920) hatte Ludwig Roselius Anfang September 1917 die Deutsche Vaterlandspartei (DVL) gegründet, eine „protofaschistische Massenbewegung“ (Hans-Ulrich Wehler), die zur Heimstätte vieler späterer Nationalsozialisten wurde und die entschieden gegen Kriegsmüdigkeit, Friedenssehnsucht und Revolutionsprozesse in der Arbeiterbewegung ankämpfte.

Im September 1918 veröffentlichte Roselius in der *Weser-Zeitung* einen Beitrag unter dem Titel: „*Die Lehren des Krieges für den deutschen Außenhandel*“. Scharf kritisierte er dort das Krisenmanagement und den „Scheinsozialismus“ der Regierung und plädierte im Oktober 1918 für den neuen „sozialen deutschen Gedanken im alten und neuen Regierungsprogramm“ (vgl. Roselius: *Briefe und Schriften zu Deutschlands Erneuerung*, 1919, Neuauflage 1933, S. 88-111). Begeistert waren 1914 die prominenten Vertreter von Handel und Kapital in den Hansestädten den Ideen der „nationalen Revolution“ als Geburt der Volksgemeinschaft gefolgt. Ludwig Roselius war einer der einflussreichen Anhänger der „Ideen von 1914“, dem Geist vom August 1914, der für Roselius im „Geist von Potsdam“ am 21. März 1933 kulminieren sollte: die feierlich-suggestive Konstituierung des

neuen Reichstages in der Potsdamer Garnisonskirche in Gegenwart von Hitler und Hindenburg.

„Will man den deutschen Gedanken in der Welt zum Siege verhelfen, so ist es notwendig, dass ein rein deutsches Stammland erhalten bleibt, und dass den Freundesstaaten, mit denen es die Linie Belgien – Dardanellen beherrscht, die deutsche Auffassung vom Wesen der Dinge nicht als Zwang, sondern als selbstverständliche Beigabe des geschlossenen Bundes erscheint“, so der Bekenner Roselius. Dass nach diesem Kriegszielprogramm mit der Linie von Belgien bis zu den Dardanellen auch große Teile Rußlands bis einschließlich der Duna-Grenze ostwärts von Russisch-Polen dem „Großdeutschen Reich“ einverleibt werden sollten, begründet Roselius mit dem Hinweis, so ein starkes Bollwerk im Osten gegen Restrußland zu errichten: „Diese Bollwerk kann nur geschaffen werden durch deutsche Kolonisation. Heute ist noch

das Germanentum stark genug, 15 Millionen Menschen an der Ostgrenze der germanischen Kultur zu unterwerfen...“ (Brief an den Großherzog von Oldenburg, Januar 1915). Die Beherrschung Europas, Rußlands, Kleinasien und Afrika: Das war das Ziel der Neuordnung der Welt, ein Projekt, das Roselius mit den „Alldeutschen“ und großen Teilen der deutschen Großbourgeoisie teilte.

Um diese Ziele durchzusetzen, forderte der seit 1912 in Berlin-Grünwald residierende Ludwig Roselius das Auswärtige Amt (AA) 1914 auf, unter seiner Leitung ein „Hilfskomitée für nationale Propaganda“ zu bilden. Das AA lehnte ab, gab ihm aber die Möglichkeit, seine Ziele als Propagandachef auf dem Balkan in Bulgarien zu erproben. Roselius plante dort u. a. die Besetzung der ukrainischen Küste, um die Revolution in Russland einzuleiten. Eine angezettelte Meuterei auf der russischen Schwarzmeerflotte sollte dazu den Anstoß geben. Bis zum Schluss des Krieges kämpfte Roselius für den „Siegfrieden“ und lehnt jeden „Verzichtfrieden“ wie auch den im Sommer 1917 vom Reichstag angebotenen „Verständigungsfrieden“

ab. Ihm gelang es, in Bremen Kaufmannschaft und Handelskammer zur Unterstützung des Programms der 1917 von ihm gegründeten Vaterlandspartei zu gewinnen, die alle Kreise des Volkes zum Durchhalten mobilisieren wollte und deshalb für die Errichtung einer Militärdiktatur eintrat.

Nach Ende des Krieges galt sein Hauptziel, neben den Siegermächten auch den inneren Feind, die sozialistische Arbeiterbewegung, zu bekämpfen, um die Ordnung der



bürgerlichen Gesellschaft zu retten. Schon Ende Oktober 1918 veröffentlichten die Bremer Nachrichten seine Forderungen an ein neues Regierungsprogramm. Er plädierte zur Überraschung seiner Freunde für die „Entwicklung des deutschen sozialen Gedankens“, für die Entmachtung des Kaisers, für Demokratie und Sozialismus. Sozialismus freilich lediglich als Geisteshaltung, nicht jedoch zur Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. In einer nationalen Sammlung sollten alle Deutsche sich zusammenfinden, vereint unter dem Dach von Nationalismus und Sozialismus. Es ist die Geburtsstunde des National-Sozialismus, ein deutschnationales Projekt, das Roselius zwischen 1918 und 1923 propagiert und das ihn nicht nur in Bremen zum Retter der bürgerlichen Gesellschaft werden lässt. Ihm gelang es außerdem, über den Kreis von Heinrich Vogeler Kontakt zu nationalrevolutionären KPD-Mitgliedern zu pflegen. Dennoch trug er entscheidend zur gewaltsamen Niederschlagung der Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 im Bündnis mit Gustav Noske und Friedrich Ebert bei. Sein Bremer

Schulfreund Johannes Plenge, dem er in Münster zu einem Lehrstuhl verholfen hatte, um die „Ideen von 1914“ zu begründen, förderte das Bündnis mit dem rechten Flügel der SPD um Friedrich Ebert, Konrad Haenisch und dem jungen Kurt Schumacher. Plenge trug so dazu bei, die „Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus“ unter den nationalrevolutionären Gruppen in der Sozialdemokratie zu verbreiten. Diese beteiligten sich u. a. an der Herausgabe der *Kriegsprobleme der Arbeiterklasse*, herausgegeben

vom Verlag *Internationale Korrespondenz* in Berlin. Sie sahen ihre Aufgabe darin nachzuweisen, dass nicht die deutsche Sozialdemokratie 1914 „gänzlich versagt habe“, sondern „dagegen die sozialistischen Parteien des Auslandes, ausgenommen eine kleine Gruppe der englischen Sektion“ (vgl. Hugo Poetzsch: *Der Friede und die Internationale*, Berlin 1915, Heft 9, S. 3). Dieses Bündnis veranlasste Roselius nach 1918

zu einem Arrangement auf Zeit mit der Weimarer Republik, ohne dabei die „Kontaktpflege“ zu den Rechten zu vernachlässigen, mit Hitler schon ab 1922. In der Neuauflage der „Briefe und Schriften zu Deutschlands Erneuerung“ von 1919 plädiert Roselius 1933 für die Realisierung eines erneuerten nationalen Bündnisses und propagiert im Vorwort mit Entschiedenheit für den März 1933, den neuen, die „Ideen von 1914 vollenden- den ‚Geist von Potsdam‘“ vom 21. März 1933. Im „Schlußwort“ seiner „Briefe und Schriften“ vom 20 April 1933 hält er fest: „Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles begann der zweite Krieg gegen Deutschland... Die im Marxismus international erzogene Arbeiterschaft verkannte, dass die Quellen der Kraft eines Volkes im Nationalen liegen. Noske fand zwar den Mut, den Terror zu unterdrücken, zu einer nationalen Erhebung der Arbeiterschaft fand er aber den Schwung nicht. Ebert, der sich als Präsident zum Deutschlandlied bekannte, wurde von seiner Partei geächtet und mit Schmutz beworfen. Er starb in tiefer Trauer um Deutschland. Seiner Vergangenheit eigener Kreis zog ihn in den Abgrund“ (1933, S. 265) Und der

1919 verfasste Beitrag von Roselius „Gegen Kriegsschuldlüge und Versklavung“ beginnt mit einem Angriff gegen die Gegner der „Verteidigungslüge“: Durch kein Beispiel könne die Verwirrung des deutschen Volkes in ein schärferes Licht gezogen werden als durch die Tatsache, dass in dem Geheimarchiv unseres Auswärtigen Amtes nach Ausbruch der Revolution wochenlang eine Feind unseres Volkes, Herr Kautsky, gesessen habe, um Material über die Schuld Deutschlands im Krieg zusammenzutragen. (Karl Kautsky war von der USPD 1919 als Unterstaatssekretär des AA mit der Untersuchung zur Kriegsschuldfrage beauftragt worden, J.W.). Ludwig Roselius hatte sich bereits 1922 zu Hitler bekannt und „die Reinheit seines (Hitlers) Gefühls für die deutsche Sache“ gelobt. Mitte März 1933 legte er sein „Hitler-Programm“ vor, das der neuen Regierung einen Weg aus der Krise weisen wollte.


Dass einige der mit dem Kaffee Hag-Besitzer kooperierenden Sozialdemokraten trotz Verfolgung und Haft das „Dritte Reich“ mit seiner Hilfe überlebten, begründete den Mythos vom Hitler-Gegner Roselius. Sein einstiger Reklamechef Alfred Faust leitete z. B. im Januar 1919 als USPD-Mitglied das Kommissariat für Presse und Propaganda der Bremer Räterepublik und musste erleben, dass Roselius Ende Januar 1919 nach Berlin fuhr, um die Reichsregierung, die Volksbeauftragten der MSPD Ebert und Noske, aufzufordern, gegen die „Unordnung“ in Bremen mit Truppen einzuschreiten. Beide willigten ein und ließen die Division Gerstenberger gegen Bremens Räteregierung aufmarschieren und diese am 4. Februar 1919 blutig niederschlagen. Als jedoch die Bremer Gestapo im April 1933 den Reichstagsabgeordneten Alfred Faust in „Schutzhaft“ nahm, beschäftigte der wendige Roselius den anpassungsfähigen Faust nach seiner Entlassung aus dem KZ Mißler ab 1934 als Vertreter in seinem Angelsachsen-Verlag in Bremen und Berlin und bat den mit einer Jüdin verheirateten „Freund Alfred“ um Mitwirkung an seinem den „Freunden im Ausland“ gewidmeten jüdenfeindlichen Buch über „Fichte von heute“ (1938). Auch den als Juden vom Berufsverbot bedrohten und verfolgten Rechtsanwälten Ale-

xander Lifschütz, mit Roselius 1918 Gründer der Bremer Ortsgruppe der „Deutschen Vaterlandspartei“ und ab 1947 Senator für politische Befreiung und damit zuständig für die aus seiner Sicht gescheiterte Entnazifizierung in Bremen, wie auch Wilhelm Nolting-Hauff, ab 1944 Häftling im „Arbeitserziehungslager“ Farge

ten Focke-Wulf Flugzeugbau AG ein kaum überschaubares Wirtschaftsimperium. „König Ludwig“ stellte diesen Konzern in den Dienst der nationalen Volksgemeinschaft. Roselius förderte den nordischen Gedanken, baulich zwischen 1926 und 1931 realisiert in der Böttcherstraße als Hoffnungstempel für Deutschlands

Neugründungen bremischer Handels-Handelshäuser für die besetzten Gebiete der Sowjetunion

Unternehmen	Sitz	Stammkapital	Datum der Eröffnung
1. Schilling Im- und Export Comp.	Reval		15.06.42
2. Joh. Lange Sohns Wwe. v. Co. Ukrainische Handelsgesellschaft mbH	Bremen/Bremenschutz	20.000	15.12.42
3. Revaler Hafen- und Lagerhaus GmbH	Reval	100.000	15.12.42
4. Bremer Bastfaser-Kontor GmbH (Gemeinschaftsgründung verschiedener Wollhandelsfirmen)	Bremen	100.000	15.02.43
5. Zigarren-Tabak-Ost GmbH	Bremen	100.000	15.02.43
6. Hans Dressler & Co. OHG (Dressler, Reval und Adler, Bremen Heidersiebtriele)	Riga		15.02.43
7. Bunde und Lück Lida OHG, Groß- und Kleinhandels-gesellschaft (Bunde, Bremen und Lück, Düsseldorf)	Minak		8.04.43
8. Roland Tabak GmbH	Kiew	50.000	15.05.43
9. Hansatische Kris-Handels-gesellschaft; Robert Kraemer & Co. mbH, Ausführ- und Transithandel	Bremen	30.000	1.06.43
10. Arnold Duckwitz GmbH, Handelsgeschäfte aller Art, Insb. Tabakhandel	Luzk	20.000	1.06.43
11. Beckröge & Renner, Rohtabak-Ost GmbH, Tabakanbau, Fermentation, Handel	Kiew	600.000	1.06.43
12. Wilhela Rosebrock GmbH, Spedition	Reval	200.000	15.09.43



**Bremische WIRTSCHAFTS Zeitung**  
ZEITSCHRIFT DER WIRTSCHAFTSKAMMER BREMEN  
MITTEILUNGEN DER INDUSTRIE- U. HANDELSKAMMER  
JAHRGANG 24 HEFT NR. 22-27  
BREMEN - 15. MÄRZ 1942

**Zigarrentabak aus der Ukraine.**  
Eine interessante Neugründung in Bremen.

Der Gedanke von Gemeinschaftsunternehmen, wie in der letzten Zeit mehrfach gegründet worden sind, die auf breitere Ebene organisierten Aufzehen eines gen angelegt werden, um die notwendigen Erfahrungen in der Sortenauswahl usw. zu sammeln. Weiter müssen Trockenscheunen und andere Räumlichkeiten er-

und nach 1945 Bremer Finanzsenator, übertrug er im „Dritten Reich“ als Syndikus der Firma Kaffee HAG wichtige geschäftliche Dienste. Martin Goldyga, Kommunist und Freund des von Roselius gleichfalls geförderten Heinrich Vogeler, konnte sich als Leiter der von Ludwig Roselius verantworteten „Großen Kunstschau“ in Worpsswede lange nach 1933 behaupten. Vor allem der Angriff in der SS-Zeitschrift *Das schwarze Korps* von 1935 gegen die Böttcherstraße und die entartete Kunst Hoetgers half nach 1945 „mächtigen Interessengruppen der Hansestadt, die Legende vom aktiven Hitlergegner und aufrechten Demokraten Ludwig Roselius zu stricken“ (Arndt Strohmeyer). „Rotes Herz“ (das Werbesymbol des coffeinfreien Kaffee HAG) und „brauner Trank“ hatten stets die Gunst der Stunde genutzt und bildeten mit dem Stammhaus, den angegliederten Verlags- und Pressefirmen und der mitbegründete-

Erneuerung. Die Künstlerkolonie Worpsswede mit den Hoetger-Bauten firmierte ab 1929 quasi als eine Filiale des Bremer Kulturtempels. „Ich habe trotz meiner 60 Jahre nur noch ein Ziel“, verkündete der „nationale Sozialist“ Roselius als Anhänger der Hitler-Partei in seinem Wirtschaftskonzept „Der Weg zur Rettung“ von 1931: „mitzuarbeiten, um der Jugend und dem deutschen Volk zu einer inneren und äußeren Freiheit zu verhelfen“. Den offiziellen Eintritt in die NSDAP vollzog er aber erst im Schreiben an den Reichsschatzmeister der Partei vom 26. November 1933: „Ich habe unserem Führer ewige Treue geschworen... Ich möchte es Ihnen überlassen, wenn Sie es für gut halten, mich als Mitglied in die Partei einzureihen. Nationalsozialist bin ich seit 1918“. Und dennoch verweigerte ihm die NS-Führung die Mitgliedschaft. Erst 1938 erreichte Roselius den Status eines fördernden Mitgliedes.

Dass der Sozialdemokrat Alfred Faust als Pressechef des Senats unter Bürgermeister Wilhelm Kaisen nach 1945 zu den Verteidigern von Roselius gehörte, muss vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen nicht überraschen. Auch nicht, dass nach 1945 Faust und Kaisen unter Einbeziehung von Innensenator Adolf Ehlers den Fall Roselius zur Rechtfertigung des in den norddeutschen Hansestädten herrschenden Schweigepaktes über die NS-Zeit zwischen Kaufmannschaft und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung nutzten. Ein Schweigepakt, der wirkungsvoll bis heute fortbesteht.

### Persönliche Anmerkung zu den „Sonderführern“.

Wenig wissen wir bislang über die Rolle und Arbeit der Sonderführer, die ihre Firmen in der Ukraine vertraten und dabei gelegentlich auf Partisanenjagd gingen und Mordaktionen der Polizeibataillone nicht übersehen konnten. Wer lüftet das Geheimnis der Firmenakten? Folgt man den geheimen Grundsätzen der Reichswehr und den Anweisungen an die Einsatzgruppen bzw. Kommandos der Sicherheitspolizei (SD), dann wurden Sonderführer von Wirtschaftsgütern in die „Bandenunternehmen“ der Polizei mit einbezogen. Kreishauptleute, Kreislandwirte, Wirtschaftsfachleute, Prokuristen und Paramilitärs gehörten zum harten Kern der Okkupationsverwaltungen und sorgten mit für die „ethnischen Flurbereinigungen“<sup>1</sup>. Dazu ein persönlich gefärbtes Beispiel als Zufallsfund aus dem Privatarchiv meines Vaters. Mein Vater (1906-1971), als Müllermeister und Getreidekaufmann in Ahrensböök bei Lübeck tätig, erlebte den Krieg ab 1942 in der Rolle eines Zivilangestellten in Kobryn/Ukraine. Hier, an der östlichen Grenze des „Großdeutschen Reiches“ – an einem Verkehrsknotenpunkt in der Nähe von Best-Litowsk, mitten im Operationsgebiet der Heeresgruppe Mitte gelegen, war er als Sonderführer mit

zuständig für die Getreideernte in der „Kornkammer des Großdeutschen Reiches“, die zur Versorgung der Wehrmacht und der „Volksgemeinschaft“ in Deutschland beizutragen hatte. Diese kriegsbedingte ernährungspolitische Planarbeit des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fand in Zusammenarbeit mit zahlreichen Dienststellen statt. Christian Gerlach beschreibt diese Ernährungspolitik in seiner Fallstudie von 2001 als Folge und Schlüssel-funktion auf der Grundlage der negativen Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg. Auf jeden Fall handelt es sich in Kobryn um eine Region mit einem hohen Anteil von Juden und aktiven Partisanengruppen, die 1942/43 von den Polizeibataillonen 307 (aus Lübeck), 303 (aus Bremen) und 101 und 305 (aus Hamburg) zu Ghetto-beseitigungsaktionen „aufgesucht“ wurde. Als Angestellter der „Zentralhandels-gesellschaft Ost“ bestand die Aufgabe meines Vaters darin, sich an der Ausplünderung der sowjetischen Landwirtschaft zu beteiligen und für den Weitertransport von geraubten Waren ins Reich zu sorgen. Bis zu seinem Tode im Jahre 1971 hing über dem Schreibtisch der elterlichen Wohnung die am 12. Februar 1944 verfasste Abschiedsurkunde von dreizehn „volksdeutschen Leitern“ der Zentralhandels-gesellschaft Ost, Außenstelle Kobryn: „Die Bevölkerung Kobryns dankt dem Leiter Fritz Wollenberg für seine Hilfe und seine großartige Arbeit. Alles Gute für die Zukunft und eine baldige Rückkehr.“ Ein Schreiben, auf das er gelegentlich mit Stolz verwies. Mein Vater fuhr anschließend in den Krieg – von Brest (Ost) nach Brest (West) in Frankreich. Von Erschießungen und Verfolgungen der Bevölkerung will er ebenso wie andere „Sonderführer“ nichts mitbekommen haben, obwohl die mir erst nach seinem Tode zugänglich gemachten privaten Fotos aus der Ukraine zeigen, wie er nach der Zerstörung von Mühlen und Gebäuden in der Gegend von Kobryn gelegentlich mit geschulterten Gewehr und in Zi-

vilkleidung auf Partisanenjagd ging. Mir blieb dieser Anblick erspart dank der Schlacht um Stalingrad. Denn bis zu diesem Zeitpunkt gab es Überlegungen, Familien der Sonderführer in die Ukraine umzusiedeln. Ernsthaft wurden solche Pläne auch in meiner Familie diskutiert. Und meinem Vater stand dafür eine Villa zur Verfügung, die einer großen Familie Platz genug gewährte (siehe unten).

Jörg Wollenberg



### Literaturhinweise:

Jörg Wollenberg: Mit den „Ideen von 1914“ zum „Geist von Potsdam“ 1933 (Ludwig Roselius); in: Heiner Karuscheit u.a.: *Macht und Krieg. Hegemoniekonstellationen und Erster Weltkrieg*, Hamburg (VSA) 2015, S.95-116); Bremen 1933-1945. *Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede*, 1983 (Ausstellungskatalog); Dieter Pfliegensdörfer: *Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1929 bis 1945*, Bremen 1986; Dieter Pfliegensdörfer: *Ludwig Roselius...wie ihn keiner kennt*, Bremen 1987. Karl Schneider: *Auswärts eingesetzt. Bremer Polizeibataillone und der Holocaust*; Essen (Klartext) 2011; Karl Heinz Roth: *Reemtsma auf der Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft 1941-1944*, Hamburg (Nautilus) 2011; Joseph Roth: *Reisen in die Ukraine und nach Russland*, Neuausgabe hrsg. von Jan Bürger, München (Beck) 2015. Ausführlicher dazu von Joseph Roth: *Berliner Saisonbericht. Unbekannte Reportagen und journalistische Arbeiten 1920-1939*, Köln 1984.

Anhang: Dokument aus dem Ausstellungskatalog Bremen 1933-45. *Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede*, hrsg. vom Kulturzentrum Schlachthof e.V. und dem Lehr- und Forschungsprojekt der Universität Bremen (H.G. Hofschien, D. Pfliegensdörfer, J. Wollenberg, Bremen 1983, Tafel 46/47

1– Vgl. u.a. *Richtlinien für die Partisanenbekämpfung und Behandlung der Zivilbevölkerung vom 25. 7. 1941* (Az.: 453 Gr.R. Wes Nr. 1332/41, geh.: BA-MA, 22/271); *Weisung des OKH zur „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener im rückwärtigen Heeresgebiet“*; Pz.AOK 3 Ia, Nr 1280/43 von 4.3.1943; NOKW-2342: *Bandenunternehmen Polizei- General Jaeckel*, 7.3. 1943; vgl. dazu auch die *Dissertation von Karl Schneider*.

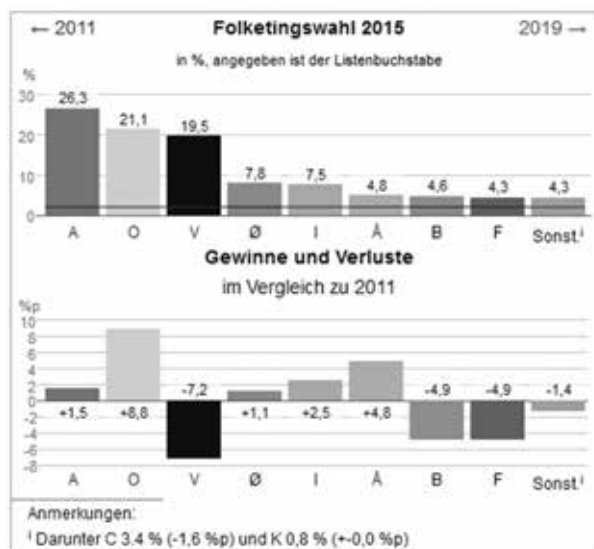
# Das Ergebnis der Parlamentswahlen in Dänemark

Nach vier Jahren an der Spitze der Regierung setzte die sozialdemokratische Parteiführerin Helle Thorning-Schmidt Neuwahlen an. Sie glaubte den Meinungsumfragen, die zeigten, dass ihr Parteienblock sich genug von der Unpopularität ihrer Regierung erholt hatte, um zu gewinnen. Thornings Regierung war eine Koalition mit den Volkssozialisten, bis der Verkauf von DONG, der staatlichen Öl- und Gasgesellschaft, eine Revolte von unten verursachte, die die Volkssozialisten dazu zwang, aus der Regierung auszutreten. Außerdem waren noch die Sozialliberalen daran beteiligt, in der Vergangenheit eine sozialreformerische und antimilitaristische Partei, deren liberale Natur ihr soziales Gewissen überwunden hat und deren Wirtschaftspolitik die Koalition dominierte. Ihre Parteichefin, Margrethe Vestager, ist inzwischen mit einem Posten als EU-Kommissarin belohnt worden.

Thornings Koalition kam 2011 mit dem Versprechen an die Macht, den 10 Jahren der Einsparungen der rechten Regierung und wachsender sozialer Ungleichheit ein Ende zu bereiten. Im Allgemeinen fuhr sie aber mit den Leistungskürzungen fort. 2014 führte sie längere Arbeitszeiten, kürzere Ferien u.a. für die Schullehrer ein. Diese wurden, da sie sich weigerten, den Angriff zu akzeptieren, ausgesperrt, bis die Gewerkschaft gezwungen war, zu kapitulieren. Die Volkssozialisten, die 1958 als Abspaltung von der KP entstanden waren, waren eine Partei hauptsächlich von Lehrern geworden. Das hat der Partei nicht sehr gut getan. Die Mitgliederzahlen und die Unterstützung fielen drastisch, bis sie gezwungen war, die Regierung zu verlassen.

Die größte Regierungspartei bis 2011, die Liberalen, verlor einiges an Unterstützung wegen der Ausgabenskandale ihres Parteiführers Lars Løkke Rasmussen. Dieser hatte An-

ders Fogh Rasmussen ersetzt, als dieser mit dem Posten des NATO-Generalsekretärs belohnt wurde, nachdem sich Dänemark an den Kriegen der USA im Irak und in Afghanistan beteiligt hatte. Die Konservativen, die kleinere der rechten Parteien, haben



in den vergangenen Jahren an Einfluß verloren, da es ihnen an Identität fehlt. Die Liberale Allianz ist in letzter Zeit stark aufgekommen mit einer noch neoliberaleren Politik. Aber die Dänische Volkspartei ist diejenige, die es verstand, ihren Einfluß in den vergangenen Jahren immer weiter auszubauen. Sie gewann Stimmen von den Rechten und von den Sozialdemokraten; sie

behauptet sogar, die größte Arbeiterpartei zu sein. Die DDP begann als Anti-Einwanderer-, stellenweise anti-muslimische Partei. Sie hat sich aber zunehmend dem Sparkurs der Koalition unter Thorning-Schmidt entgegengestellt und stellt sich als Verteidiger der Arbeiterklasse dar. Sie ist nationalistisch-populistisch und fährt einen Anti-EU-Kurs.

Thorning begann ihre n Wahlkampf mit riesigen Postern von ihr selbst mit zwei Schlüssel-Lösungen: „Schärfere Gesetze für Asylbewerber und größere Anforderungen an Einwanderer“. Die Gegenseite nahm diesen Typ von Lösungen auf. Flüchtlinge wurden so dargestellt, als kämen sie nach Dänemark, um von Sozialhilfe zu leben. Die Arbeitslosen wurden als faul dargestellt, so, als ob sie sich nicht anstrengen würden, um Arbeit zu bekommen und als würden sie zu viel Unterstützung erhalten. Von solchen Tönen wurde der Wahlkampf bestimmt; das stieß anständige Menschen ab.

Die Sozialdemokraten, deren Unterstützung unter Thorning-Schmidt auf Werte gefallen war wie in ihren Anfangszeit, wurden zur stärksten Partei. Sie errangen aber nicht genug Sitze, um eine Regierung bilden zu können. Thorning wird vielleicht einen guten Job anderswo finden wie ihr Inspirationsgeber Tony Blair. Die DDP erreichte große Zugewinne und wurde zur zweitstärksten Partei. Trotzdem sagt sie, dass sie sich nicht an einer rechten Koalition beteiligen wird. Die Liberalen, die massiv an Unterstützung verloren, werden möglicherweise die neue Regierung anführen. Sie haben Steuersenkungen und „Nullwachstum“ im öffentlichen Bereich versprochen. Thorning hatte einen Zuwachs von 0,6% bei der Sozialhilfe versprochen, ebenso 7.000 neue Stellen im öffentlichen Sektor. Die möglicherweise von den Liberalen angeführte Regierung wird eine Minderheitsregierung sein.

Die Volkssozialisten sanken auf sieben Sitze, die Sozialliberalen auf nur noch acht. Die Linke Einheitsliste, die aus Altkommunisten, Linkssozialisten und Trotzlisten plus Unabhängigen besteht, wuchs auf 14 Sitze an. Eine neue Partei, „Die Alternative“, schaffte den Durchbruch, indem sie eine „andere“ und „grünere“ Politik versprach. Aber sie ist eine kapitalistische Partei, also nicht so anders.

*m.j., 22. 6. 2015*

## Nachtrag

Die dänische Regierung ist eine Minderheitsregierung; sie könnte nicht lange Bestand haben. Es ist nicht nur so, dass die Dänen sich nach rechts gewendet hätten. Es ist ein widersprüchliches Phänomen, genau wie hier (*in England, die Red.*). Die Sozialdemokratie hat sich nach rechts bewegt. Sie hat neoliberale Elemente in ihre Politik übernommen wie Einsparungen im Sozialbereich, Privatisierungen usw. Weil die Sozialistische Volkspartei so lange in einer Koalition mit der SD war, rückte auch sie nach rechts. Die andere Partei in dieser Koalition, die Sozialliberalen, waren einmal eine fortschrittliche, aber nicht-sozialistische Partei. Auch sie machten in den letzten Jahren eine Rechtsentwicklung durch. Viele Wähler der Sozialdemokraten sind zur populistischen Dänischen Volkspartei übergelaufen, einige sind zur Linken Einheitsliste gegangen.

Während des Wahlkampfes in Dänemark griff die DDP die SD-geführte Regierung wegen deren Sparmaßnahmen, unter denen ältere Menschen zu leiden hatten, an. Im Juli wurde aber eine Untersuchung veröffentlicht, nach der die DDP auf kommunaler Ebene für Kürzungen bei sozialen Einrichtungen gestimmt hatte, die ältere Menschen trafen.

Einige Wähler sind nach rechts abgewandert wegen des muslimischen Extremismus im allgemeinen und wegen der Aktionen von Jihadisten in Dänemark. Überall in der EU wenden sich Menschen gegen Muslime, sie wollen nicht noch mehr in ihren Ländern haben wegen der Jihadisten.

*m.j., 20. 8. 2015*

# Leserbrief

Werte GenossInnen

Zunächst einmal war ich enttäuscht, dass mein Leserbrief nicht in der neuen Arbeiterstimme veröffentlicht wurde – allerdings dachte ich mir auch „zu fragmentarisch“ und „nicht mehr aktuell“.

Nun ja, aber „nicht mehr aktuell“ trifft auch für den Artikel vom 17. Februar aus der Arbeiterpolitik vom 17. Februar zu – den ich aber auch besser finde als den ersten zum Thema PEGIDA, davon mal abgesehen.

Aber das Schlusswort – „Es waren effektive, antifaschistische Gegendemonstrationen, die PEGIDA und ihre Ableger bisher an ihrer Entfaltung gehindert haben“ – bei der letzten PEGIDA-Demonstration 1.500, Tendenz wieder steigend. Ansonsten fehlen wohl HIER gänzlich die entsprechenden Menschen – Maximum 200 bei Dresdner linken Regionaldemos. Und ist das nicht „Hau-Ruck“, das im Arsti-Artikel zum DKP-Pressefest an der MLPD kritisiert wurde?

Ich kann nur meine subjektive Betroffenheit aus Erfahrungen heraus zum Thema machen. Umfragen von „Sächsischer Landeszentrale für politische Bildung“ oder MDR-basierte Infos sind letztlich von einem Wohlwollen für PEGIDA getragen, dem ich schon entgegenhalten möchte, dass das eine faschistische Massenbewegung ist. Es ist nicht eine Frage von „62% AfD, 35% NPD“ oder ähnlich, sondern der Hauptinhalt, der da lautet: „Ausländer raus“, Der Ausländer als Bedrohung des sächsischen Gartenzweigs.

In meinem ersten Leserbrief hatte ich zu erwähnen vergessen, dass ich auch die Pressekampagnen gegen Ar-

beitslose im Zusammenhang mit dem Einführen der Hartzgesetze als eine vorbereitende Grundlage begreife: die Aufforderung von Horst Seehofer, sich gegen Sozialschmarotzer zu wehren, war dann für jeden Dorfdepp die Einladung, sich uneingeladen mittels faschistoider Kommentare in das Leben anderer Menschen einzumischen.

Und das dann bei PEGIDA wieder zu finden, wird beim MDR-Politologen als Gegenpol zur 68er-Bewegung ausdrücklich begrüßt.

Das andere Element, das ich hier aufzeigen möchte, ist meiner Erfahrung in der Sächsischen Schweiz geschuldet, wo nach Verfassungsschutz Sachsen, das „Pro-Kopf-Aufkommen“ prozentual von Rechtsradikalen zur Gesamtbevölkerung das höchste in Sachsen ist, mit einer langen Tradition von den Skinheads Sächsische Schweiz bis zum Schwimmbad Sebnitz, wo ein irakischstämmiges Kind in unmittelbarer Nähe zu berüchtigten Nazis ertrinkt, bzw. „verunfallt“ – die Mutter wagte Zweifel zu äußern und ward vertrieben.

Es gibt HIER eine einzige Subkultur, die sich abseits der Wahlen politisch äußert/äußern darf, und das ist die rechtsextremistische.

Verschiedene Generationen von Rechts treffen sich nun montäglich zum schönen Gruppenerlebnis und erfahren bundesweite Anerkennung positiver wie negativer Art.

Und die herrschende Politik freistaatlichen Zuschnitts fordert „Unaufgeregtheit“...

*Grüße, B., Heidenau, 3. Juli 2015*

Die linke Bewegung in Deutschland hat wieder einen unermüdlichen Mitstreiter verloren: Arno Klönne verstarb am 4. Juni im Alter von 84 Jahren. Er wirkte aktiv und als Publizist in der Sozialistischen und Friedensbewegung. Arno Klönne war einer der Gründer der Zeitschrift „Ossietzky“.

# Rezension: Neugier, Liebe, Revolution



**G**eschichte 1930 – 2015, wie sie bisher nicht gesehen wird, auch nicht von Professoren für Zeitgeschichte, auch nicht von Leidtragenden. Die drei Worte des Titels zeigen an, was der Autor als zusammengehörig nachweist. So wird ein Triplex fassbar.

Untertitel des Buches: „Mein Leben 1930–2015“ zeigt an, was der Autor als Beweis-Mittel nutzt. Außerdem nutzt er das Ergebnis seiner jahrzehntelangen Forschung zur Allmählichkeit von Revolution (zwei Bücher: anno 2000 im LIT-Verlag, anno 2009 im Kai Homilius Verlag).

Thiel machte zehn weitere Bücher. Seit 1946 in Bürger-Initiativen lernt er populär zu sagen, was er erforscht hat. Ideal ist ihm der Aufrecht gehende Bürger, der sich politischen Bevormundungen widersetzt und Gestalter menschlicher Verhältnisse wird. Dabei geriet der Beweisführende des Tripels „Neugier, Liebe, Revolution“ auch in Konflikte mit Leuten und Parteien, die sich als „Linke“ gerieren und das Gespräch verweigern. Lernbereite Bürger aus konservativen Traditionen dagegen sind erstaunt und erfreut. Sogenannte „einfache“ Menschen aber sind glücklich zu hören, dass die 30-Stunden-Arbeitswoche gedacht und erstritten werden kann. Davon erzählt der Autor im vorletzten Kapitel des Buches.

Mit dem Inhaltsverzeichnis präsentiert der Autor vierundsechzig Stichworte, welche die Abschnitte des Buches kennzeichnen. Sie lassen Abenteuer erahnen. Sie lassen auch erkennen, dass der Autor erzählend schreibt, als hätte es geglitten, einen Roman zu

verfassen. Auch so kann man von Geschichte und Forschung erzählen.

Wie allen Menschen war dem nachmaligen Autor die Neugier und die Fähigkeit zur Liebe angeboren, bewahrt von seinen Eltern und bewährt in kinderfreundlicher Neubausiedlung im sächsischen Chemnitz. Der Pflichtdienst im Nazi-Jungvolk dauerte nicht lange genug, um den Knaben umzubiegen: Der Pflichtdienst endete mit Hagel britischer Bomben im März 1945. Der vierzehnjährige Bub setzt sich den herniederfallenden Spreng- und Brandkörpern aus, löscht Feuer und rettet eine alte Frau vorm Flammentod. „Das große Feuer“ heißt das Kapitel.

Seitdem brauchte der Autor sein Leben nicht mehr zu riskieren, doch Explosionen hat es in Fülle gegeben: Paradoxien und Grotesken, vom Leser erlebbar wie Blitze oder Witze, tatsächliche Historie ausdrückend. Im mittleren Teil des Buches erzählt der Autor vom Inhalt seiner Bücher, die von der Lösung einiger Probleme der Philosophie handeln, populär, im Gedanken an werktätige Menschen.

Schon der Heranwachsende denkt geschichtsbewusst. Doch im Gymnasium herrscht Stimmung, als hätte es keinen Weltkrieg gegeben. Der neugierig Gebliebene, von Bomben geprüfte, eine neue Welt Erstrebende fühlt sich provoziert und veranstaltet Versammlungen, auf eigene Faust. Schülerrat und Honeckers Jugendverband dämmern dahin. Konflikte sind unausbleiblich. Doch ein Altkommunist, der gegen Hitler gekämpft hatte, begrüßt den Aufmüpfigen mit dem Ruf „Arbeiterklasse und Intelligenz – Hand in Hand“. Das begreift der denkende Gymnasiast, der aus einer Handwerkerfamilie stammt – auch beide Großväter waren Handwerksmeister. Und nun werden vom Enkel die Mitschüler des Honecker-Verbandes aufgemöbelt. Nach dem Abitur wird dem Enkel Steinbrucharbeit im Talsperrenbau Sosa zum Erlebnis. Da suspendiert er seine Hemmungen, der SED beizutreten: dem parteigemäßen Kotau vor den Oberen zum Trotz. Davon wird im neunten Kapitel erzählt.

Bei fortgesetzter Arbeit im Jugendverband schwankt der nachmalige

Autor: Mathematik oder Philosophie studieren? Oder beides? Verhängnisvoll sein Streben nach Perfektion. 1952 wird er in der philosophischen Fakultät der Uni Jena zum Vorsitzenden des Jugendverbands gewählt. Seinem Stellvertreter erzählt er unter vier Augen, dass ihm Sorge bereitet, wie Honecker vom „stolzen Millionen-Verband“ schwafelt. Drei Wochen danach wird der Sorgsame beschuldigt, für den Westen Agenten-Arbeit zu leisten. Ein Funktionär der SED ergreift die Chance, am Denkenden ein Exempel zu statuieren. Details werden im vierzehnten Kapitel erzählt, Folgen waren Ausschluss aus Partei und Studium. Als Bau-Arbeiter erlebt der Ausgeschlossene die widersprüchlichen Eigenschaften von Menschen, die ihr Leben lang körperlich arbeiten und auf ihre Weise Geschichte machen. Nach Monaten harter Arbeit sagt einer von ihnen: „Wir haben erkannt, dass Du einer von uns bist.“

Das ist Thiel stets gewesen, auf Baustellen, am Hochofen, an der Humboldt-Universität, an der Akademie der Wissenschaften, im Ministerium für Wissenschaft und Technik, beim Forschungsrat der DDR, auch im Büro des Ministerrats und schließlich wieder an der Humboldt-Universität im Institut für Hochschulbildung. Kaum hatte sein Direktor erklärt, Thiel arbeite wie ein Besessener, wird er vom Direktor rausgeschmissen: Thiel weigerte sich zu lügen. Seine Kollegen kuschen. Noch vorm Ende der DDR sagt ihm sein seinerzeitiger Parteisekretär: „Du warst der Einzige von uns, der es richtig gemacht hat.“

Ehrenamtlich war der Autor Mitbegründer und Mitgestalter der Erfinderschulen der DDR, zusammen mit Verdienten Erfindern. Das verhalf ihm zu einer staatlichen Auszeichnung und zur Erlaubnis, seine Vorlesungen vor gestandenen Ingenieuren, die Patent-Ingenieure werden wollten, nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Doch schon bald kam die sogenannte Wende. Der Erzähler wurde in den Vorruhestand entlassen. Da konzentriert er sich aufs Forschen und Bücherschreiben. Und begibt sich in neue Abenteuer. Der grandiose Schülerstreik anno 2000

in Storkow – das Städtchen war zehn Tage lang Freie Republik, und Thiel schreibt ein Erlebnisbuch – lässt ihn in die Bildungspolitik des Landes Brandenburg gelangen. Dort wird er ungewollt zum Kriminalisten und enthüllt, wie Politiker aller Couleur schwindeln, die Landesverfassung unterlaufen und Bürgerinitiativen boykottieren. Es kommt zum Eklat. Und gleich geht es weiter, nun mit Problemen der arbeitslos gewordenen Mitbürger, die seit 2005 von Hartz-IV betroffen sind. Der Buch-Verfasser kolportiert keine Zeitungsmeldungen, doch er erzählt Geschichte: Zusammenarbeit mit Betroffenen von Hartz-IV. Und erneut wird er zum Kriminalisten: Indem er als aktiver Mensch gründlich in die Parteien-Politik eindringt, desto mehr Verwerfliches wird von ihm entdeckt. Dazu auch das Kapitel „Justiz gegen Rechtsstaat“.

Im Inhaltsverzeichnis sind 64 Kapitel angezeigt. In 8 Kapiteln erzählt der Autor, wie seine Familie entstand, er erzählt vom Glück und den Problemen seiner modernen Familie mit ihren drei Kindern und fünf Enkeln, auch von zwei Gefährtinnen, die er nach dem frühen Tod seiner Frau gewonnen hatte. Schönheit, Liebreize und Liebe, Unterschiede von Charakteren wie im Roman.

Mitbürgern verständlich, doch provozierend Konservative ebenso wie Linke, wird erzählt, was nicht in Geschichtsbüchern steht: Wie wird man vom Enkel zweier Handwerksmeister

zum Kommunisten? Zu einem solchen, der die Revolution nicht als plötzlichen Ruck versteht, sondern als kreativen Prozess, ausgeführt von produzierenden Mitbürgern? Und so wird vom Autor – auch samt schlimmen Enttäuschungen – erzählt, wie sich deutsche Geschichte von 1930 bis 2015 zutrug: bisher noch nie erzählte Geschichte. Der Autor hat nicht als Berufs-Historiker, nicht als blendender Politiker, nicht als weltferner Akademiker gelebt. Doch als normal begabter, unbeugbarer Mensch nutzte er Situationen, in denen sich Neugier und Fähigkeit zur Liebe, Lust auf aktives Handeln und Mangel an Furcht vor Risiken erweisen mussten. Abschluss des Buches ist eine Hommage auf die Freiwillige Feuerwehr seines Dorfes: Frauen und Männer, die anpacken können. Nun müssten sie noch lernen, über das Dorf und Stadt-Verband hinauszublicken. Neugier, Liebe und Revolution – der Triplex als Schlüssel zur Gestaltung der Geschichte.

#### PS.

Über die Erstauflage meines Beweis-Textes, die nun um vier Kapitel ergänzt wurde, hatte der kürzlich verstorbene Schriftsteller, Philosoph und Politiker Gerhard Zwerenz am 28. Juni 2011 aus dem Taunus geschrieben:

„Es gibt noch Bücher, die zu lesen und zu genießen sich lohnt. Der Ex-Genosse ist heute bei attac – mit der PDS überwarf er

sich ungefähr dreimal pro Woche – ein heimatloser Linker aus dem Osten?“ Daneben das Titelfoto des Buches. Zuvor hatte Zwerenz – wie oft in seinem langen, spannungsreichen Leben – das Erbe von Georg Lukacz und Ernst Bloch resümiert und gefragt, ob denn deren Lebenswerk vergebens gewesen sei: „Zum zivilen Gegenbeweis schickte uns Rainer Thiel sein Buch *Neugier Liebe Revolution – Mein Leben 1930 – 2010*. Es ist eine abenteuerliche, kurvenreiche, absturzbedrohte, aufrechte gute DDR-Akademiker-Biographie, die der in Chemnitz geborene ... vorlegt.“ Mit Blick auf die Ereignisse im Osten Deutschlands zitiert Zwerenz aus Thiels Buch: „Mit hohem Tempo war die Industrie im Osten ausgedünnt worden, die Reste zu verlängerten Werkbänken westlicher Konzerne degradiert. Zu 85% war das Personal für Forschung und Entwicklung hinausgeworfen worden.“

Geschichte, wie sie noch niemand erzählte – Der Triplex als Schlüssel zum Geschichtsverständnis:

#### **Neugier, Liebe, Revolution. Mein Leben 1930 – 2015**

Von Rainer Thiel, einer Handwerkerfamilie entstammend, produktive Menschen zum Aufrechten Gang ermunternd.

Ergänzte Zweit-Auflage der Ausgabe von 2010, trafo verlag berlin, 420 Seiten, 15,80 Euro

Rainer Thiel, 2. September 2015  
rainer@rainer-thiel.de,  
www.thiel-dialektik.de  
www.rainer-thiel.de

## Rezension: Monsieur le Capital und Madame la Terre

Seit Jahrzehnten gibt es in Deutschland eine intensive Umwelt-Debatte. Klimawandel, Peak-Oil, Artensterben, Zerstörung der tropischen Regenwälder, Massentierhaltung, zunehmende Wasserknappheit sind nur einige Stichwörter aus dieser Debatte. Inzwischen bekennen sich praktisch alle Parteien und gesellschaftlichen Kräfte in irgendeiner Weise zum „Umweltschutz“ und zu einer „nachhaltigen Entwicklung“. Trotz der häu-

fig alarmistischen Tonlage und der prophezeiten Katastrophen, die bisher durchgesetzten Veränderungen sind eher gering und für Aktivisten enttäuschend. Nicht, dass bisher gar nichts geschehen wäre, aber ein echter Richtungswechsel hat nicht stattgefunden. Ein solcher Eindruck wird vielfach auch von den Leitmedien vermittelt, die Dringlichkeit der Probleme steht in einem Missverhältnis zu den trägen und wenig einschneidenden Reaktionen.

Das hier besprochene neue Buch von Gerhard Armanski befasst sich gründlich und grundsätzlich mit diesem Themenkomplex in seiner ganzen Breite, mit den Fakten, mit theoretischen Konzepten, praktischen Lösungsvorschlägen und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

In mehreren Kapiteln („Fieberkurve von Madame la Terre“, „Menetekel der Umweltkrise“) werden die verschiedensten Erscheinungsformen der „Umweltkrise“ dargestellt und die Er-



kenntnisse der Ökologie ausführlich referiert. Der Autor bleibt aber nicht bei Beschreibungen stehen. Gründlich wird das Verhältnis von Mensch zu Natur auch in seiner historischen Werden analysiert (Kapitel: „Natur in Geschichte und Gesellschaft“, „Natur, Mensch und Tier in Evolution und Kulturgeschichte“). Einen Schwerpunkt bildet dabei, wie es auch der Titel des Buches ankündigt, die kapitalistische Bestimmtheit des Stoffwechsel Mensch-Natur („Die Mächenschaften von Monsieur le Capital“). Es wird aufgezeigt wie tief und umfassend „unsere“ Vorstellungen durch die kapitalistische Praxis der letzten Jahrhunderte geformt sind. Das geht weit über ökonomische Fragen hinaus und umfasst auch die Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden Menschenbild, mit dem Menschen an der Spitze der Pyramide aller Lebewesen, berufen zum Herrschen über die anderen, und der anthropozentrischen Vorstellung, dass die ganze Natur hauptsächlich oder ausschließlich ihm, dem Menschen, zur Benutzung und Verbrauch zur Verfügung steht.

Auch die Herausbildung der Naturwissenschaften, die heute auch die ökologische Debatte dominieren, kann nicht ohne der sich gleichzeitig entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft und Kapitalismus verstanden werden. In den naturwissenschaftlichen Begrifflichkeiten und Herangehensweisen spiegelt sich auch die gesellschaftliche sprich kapitalistische Praxis.

Ausführlich werden die verschiedenen Konzepte dargestellt und einer kritischen Würdigung unterzogen, die die Umwelt- und ökologische Problematik thematisieren. Wie der Autor schreibt (S. 238) hegt er einige Sympathie für das Konzept der sogenannten „tiefen Ökologie“. Der Autor charakterisiert diese Richtung (als Begründer gilt der norwegische Philosoph Arne Naess) folgendermaßen (S. 177f) „... ‚tiefe Ökologie‘ jedoch, welcher der geläufige Naturschutz zu flach ist und daher zu kurz greift ... Sie gründet auf der Integration des menschliche Selbst in das größere der Natur sowie einer biozentrischen Egalität aller Lebewesen. Im scharfen Kontrast zur anthropozentrischen Arroganz bemüht sie sich um organische Einheit im ökologischen Netz. ... Wildnis bedeutet dem tiefen Ökologen eine Qualität sui generis, die der menschlichen Bearbeitung zuvor liegt und die es zu bewahren und zu beschützen gilt.“ Aber der Autor hält auch Distanz

und folgt dem Konzept nicht in allen Punkten indem er schreibt (S. 177) „Ihr Öko- oder Biozentrismus führt gelegentlich zu schier menschenfeindlichen Haltungen etwa die ‚Nützlichkeit‘ des Massensterbens infolge von Seuchen betreffend“

Leidenschaftlich plädiert er Autor für einen Ökozentrismus und gegen die vorherrschenden anthropozentrischen Ansichten (die Natur ist ausschließlich Rohstofflieferant und den menschlichen Zwecken untergeordnet). Menschliche und tierische Interessen und die Belange der Natur insgesamt sollten ausgewogen berücksichtigt werden. Ziel sollte eine gesellschaftliche Praxis sein, die nur das verbraucht was auch wieder regeneriert werden kann. Dabei geht der Autor von der Endlichkeit der Ressourcen aus (S. 46), vermeidet aber eine quantitative Bestimmung z.B. des Zeitpunkts ihrer Erschöpfung. Ihm ist auch bewusst, dass „die Grenzen ... nicht in erster Linie physisch bedingt, sondern durch das kapitalistische Produktionsverhältnis als soziale vermittelt, d.h. seinen Imperativ der Tauschwertmaximierung geschuldet“ ... sind (S. 147f). Es wird nicht im Einzelnen untersucht welche Einschränkungen ein solches neues Verhältnis zur Natur gegebenenfalls für die Bevölkerung bedeuten würden. Der Autor spricht sich aber gegen die Parole des „Gürtel enger schmallen aus“. Bei der Argumentation ist immer klar, dass die inzwischen hoch entwickelten Produktivkräfte dann die Basis für das anzustrebende Neue bilden und ein Zurück zu wirklich oder angeblich besseren Zuständen der Vergangenheit nicht zu Debatte stehen kann. Überhaupt wird in diesen Buch darauf verzichtet konkrete Szenarien zu entwerfen oder z.B. Forderungskataloge aufzustellen. Solche können ja auch nicht abstrakt allgemein, sondern nur von konkreten Bewegungen unter Bezugnahme der gegebenen Bedingungen und Kräfteverhältnisse gestellt werden.

Im Abschnitt „Grüner Kapitalismus“ werden Wortmeldungen von verschiedenen Seiten diskutiert die vorschlagen und hoffen den Kapitalismus mit einer ökologischen Agenda versöhnen zu können. Sei es indem durch neue Technik umweltschonender und oder nachhaltiger gewirtschaftet werden kann oder weil ja Bio-Produkte oder z.B Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung auch ein Geschäft darstellen mit dem Wachstum generiert

werden kann. Demgegenüber wird unter „politischer Ökologie“ ein Ansatz verstanden, der für sich in Anspruch nimmt das „gegenwärtige Gesellschaftssystem, das einen nicht nachhaltigen Umgang mit dem heutigen und zukünftigen übt und damit seinen eigenen Kollaps heraufbeschwört, ... grundsätzlich umzuwälzen“ (S. 215). Politische Ökologie ist damit ein viel radikaleres Konzept als der „Grüne Kapitalismus“. Beide Konzepte werden einer gründlichen Kritik unterzogen. Als ihr Ungenügen wird herausgearbeitet, dass ersterer auch in seinen Zielen noch der kapitalistischen Logik verhaftet bleibt und beide die Hauptwiderstände gegen einer ökologischen Wende ausblenden und deshalb in eher geringen Teilerfolgen steckenbleiben. So schreibt der Autor nach einer ausführlichen Erörterung der beiden Konzepte (S. 226) „Die Krux in den skizzierten Konzepten der politischen Ökologie, so verdienstvoll sie auch in ihren Analysen und Vorschläge mittlerer Reichweite sein mögen, liegt genau darin, daß sie das bewirkende Schwungrad des herrschenden Naturverhältnisses, nämlich die Profitproduktion, weder thematisiert noch antasten will. Allenfalls gegenüber dem fest im Sattel sitzenden neoliberalen Regime, das staatliche und transnationale Vereinbarungen nicht zulassen will oder unterhöhlt, wird Kritik geäußert. Die Zähmung der bürgerlichen Zivilisation, von der gelegentlich die Rede ist, wird aber ohne Eingriffe in das kapitalistische Produktionssystem nicht abgehen, noch ohne von dessen Umwälzung zu sprechen. Das wären zunächst einmal Reformen, gewiß, die den zentralen Mechanismus nicht aushebeln. Die grundlegende Einsicht, daß der Kapitalismus, der eine historisch unerhörte Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums – in widersprüchlichen Formen – bewirkt hat, tendenziell kontraproduktiv wird und in andauernde und zunehmende Untergrabung der Naturgrundlagen des Lebens umschlägt, läßt sich schwerlich eins zu eins umsetzen.“

Weiter wird ausgeführt: Im Kapitalismus sind die Arbeiter den Ergebnis ihrer Arbeit entfremdet. Die Gesellschaft ist gleichzeitig der Basis jeder Produktion, der Natur entfremdet. Es werden also beide ausgebeutet Mensch (Arbeiter) und Natur. Eine Grundsätzliche Veränderung setzt damit die Aufhebung von beiden Ausbeutungsverhältnissen voraus, bzw. setzt sie in eins, denn die Ursache von beiden ist das Kapitalverhältnis. Die Aufhebung

der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der Ausbeutung der Natur sind keine völlig getrennten Dinge, die unabhängig voneinander anzustreben und zu verwirklichen sind. Beide sind miteinander unauflösbar verknüpft. Nur eine von den Zwängen der Kapitalreproduktion befreite Gesellschaft kann auch ihr Verhältnis zur Natur einer Neuordnung in Freiheit unterziehen.

Ein wichtiges Anliegen ist dem Autor offensichtlich der herrschenden funktionalen, technokratischen Beziehung zur Natur, bereits heute existierende andere, eher ganzheitliche, Sichten gegenüberzustellen. Künstlerischen Darstellungen in Dichtung und Malerei, die ein anderes Verhältnis zum Ausdruck bringen als Technik und Kommerz, widmet er einigen Raum. Ein eigenes Kapitel befasst sich mit dem „Garten – oder die Versöhnung von Natur und Kultur im Kleinen?“

Ein weiteres Kapitel „Gott, Kirche und Natur“ befasst sich mit theologischen und religiösen Fragen, insbesondere dem Verhältnis der (hauptsächlich christlichen) Religionen zur Natur, den Beziehungen von Religionen und Naturwissenschaften und Aussagen von Naturwissenschaftlern (von Galileo über Einstein zu Stephen Hawking) zu Gott und/oder Religion. Ein eher schwaches Kapitel, nicht weil es Religion zum Thema hat, sondern weil der Autor sehr eklektizistisch vorgeht, diverse Aussagen unstrukturiert aneinanderreihet und nicht klar wird was eigentlich die Intention dieses Kapitels ist.

Die zentralen Thesen des Autors sind aber zwei: 1. dass eine grundsätzliche und radikale Neubestimmung des Verhältnisses von Mensch/Gesellschaft und Natur unter ökologischen Gesichtspunkten unbedingt notwendig ist. Aber 2. eine solche bewusste Neuordnung des Stoffwechsels mit der Natur die Überwindung des Kapitalismus voraussetzt. Solange das nicht gelingt ist zwar eine Art ökologischer Reformismus denkbar und durchaus auch zu unterstützen, der aber auch immer wieder an seine Grenzen stoßen wird und muss. Das unterscheidet dieses Buch von anderen über die Ökologie-Problematik, die diese Frage von der gesellschaftlichen Klassenfrage abtrennen und eine angeblich prioritäre Menschheits-Gattungsfrage postulieren. Gerhard Armanski be-

nennt dagegen immer wieder den engen und kaum zu trennenden Zusammenhang der jetzigen für die Natur zerstörerischen Lebensweise mit der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Gesellschaft. Diesen Zusammenhang analysiert er aus verschiedenen Blickwinkeln von den rein ökonomischen „Zwängen“ bis zu ideologischen Überbau Phänomenen. Allerdings ist aus seiner Sicht die ökologische Frage keineswegs als bloßes Anhängsel der gesellschaftlichen Frage zu begreifen, die sich praktisch von selbst in einer sozialistischen Gesellschaft auflösen wird, „Generationen werden noch an einem neuen theoretischen und praktischen Verhältnis zur Natur zu arbeiten haben“ (S.199). Das zeigt unter anderen die Erfahrung mit den Gesellschaften des sogenannten Realsozialismus. (Ohne dass diese Beispiele im Buch im Detail analysiert werden)

Der Autor vermeidet jeden Dogmatismus. Er erörtert die ökologische Frage aus verschiedenen Blickwinkeln (Ästhetisch, künstlerisch, theologisch) „indem ich des Längeren auch Positionen vorstelle, die ich nicht unbedingt teile“ wie er aus Seite 238 schreibt. Und weiter schreibt er „Gleichwohl favorisiere ich bestimmte Zugänge zum Thema die mir nahestehen und vielversprechend erscheinen. Das ist um einem die ‚tiefe Ökologie‘ die das schief gewordene Verhältnis zwischen Natur und Anthropozentrik ins Visier nimmt, des weiteren die Marx’sche Kritik der politischen Ökonomie, die noch immer die treffendsten Einsichten in die Dynamik derselben liefert, sowie die theologische Anschauung der Problematik, die von der göttlichen Geschöpflichkeit aller Lebewesen ausgeht.“

Für Linke und Marxisten dürften die Ausführungen zum Kapitalismus auf breite Zustimmung stoßen. Insbesondere das Aufzeigen der engen Verknüpfung der menschlichen Entfremdung und der Naturausbeutung im Kapitalismus. Die durch die tiefe Ökologie beeinflussten Darstellung des anzustrebenden Mensch-Naturverhältnis wird vermutlich weniger allgemein akzeptiert werden. Ebenso wie die Ausführungen zur Theologie. Auch wer nicht alle Positionen des Buches von Gerhard Armanski teilt, findet dort eine anregende Auseinandersetzung zu den Themen Ökologie, gesellschaftliche Entwicklung und Kapitalismus. Die Notwendigkeit einer radikalen, über die Reparatur der größten Schä-

den hinausgehende Veränderung des Stoffwechsels mit der Natur dürfte inzwischen zwar weitgehend unter Linken Konsens sein. Zu vielen Fragen sind aber sicherlich noch intensive Diskussionen notwendig.



Gerhard Armanski, *Monsieur le Capital und Madame la Terre, Der blaue Planet im Würgegriff*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2015

Anzeige



## Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR  
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)  
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

[www.antifainfoblatt.de](http://www.antifainfoblatt.de)

[mail@antifainfoblatt.de](mailto:mail@antifainfoblatt.de)

[facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt](https://facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt)

[twitter.com/AntifainfoBlatt](https://twitter.com/AntifainfoBlatt)

Kostenloses Probeexemplar

Anzeigen



**Solidarität organisieren  
Mitglied werden!**

**ROTE HILFE e.V.**

**Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**  
bundesvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
BIC: NOLADE21GOE

**DIE ROTE HILFE**  
Zeitung gegen Repression

**DIE ROTE HILFE** erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**



**ABONNIEREN SIE JETZT!**



**STICHWORT BAYER** erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne. Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

Kursfeuerwerke und Kapitalmarkt  
Virtuelle Geschäfte und neue  
Arbeitsplatzvermittlung • Umwelt-  
schutz auf dem Abstellgleis •  
Bündnis des Kapitals mit den  
Barbaren •

**C O U P O N**

Ich/wir abonniere für ..... € jährlich.  
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds ..... €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank \_\_\_\_\_  
Kontonr. \_\_\_\_\_  
BLZ \_\_\_\_\_  
Name/Vorname \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_ Alter \_\_\_\_\_

Bitte zurücksenden an:  
Coordination gegen BAYER-Gefahren,  
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf,  
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



Coordination gegen Bayer-Gefahren  
Coordination contra los peligros de BAYER  
Coordination against BAYER dangers  
Coordination contra los peligros de BAYER

## Der spanische Bürgerkrieg



**240 Seiten, Paperback,**

**€ 12,-**

**ISBN 3-00-010296-5**

Herausgegeben

von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



**510 Seiten, Paperback,**

**€ 20,-**

**ISBN 3-87975-767-4**

## Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-  
Opposition 1928 bis 1933 (aus  
„Gegen den Strom“). Herausgegeben  
und eingeleitet von der Gruppe  
Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit  
zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten,  
Klebebindung. 8,- €

### Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)



**624 Seiten, Paperback,**

**€ 20,-**

**ISBN 3-87975-836-0**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

### Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder:

[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)